

Berliner Volksblatt.

Organ für die Interessen der Arbeiter.

Das „Berliner Volksblatt“

erscheint täglich Morgens außer nach Sonn- und Festtagen. Abonnementspreis für Berlin frei in's Haus vierteljährlich 4 Mark, monatlich 1,35 Mark, wöchentlich 35 Pf. Postabonnement 4 Mk. Einzelne Nr. 5 Pf. Sonntags-Nummer mit illustr. Beilage 10 Pf. (Eingetragen in der Postzeitungspreisliste für 1885 unter Nr. 746.)

Insertionsgebühr

beträgt für die 3 gespaltene Petitzeile oder deren Raum 40 Pf. Arbeitsmarkt 10 Pf. Bei größeren Aufträgen hoher Rabatt nach Uebereinkunft. Inserate werden bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition, Berlin SW., Zimmerstraße 44, sowie von allen Annoncen-Bureaux, ohne Erhöhung des Preises, angenommen.

Redaktion: Benthstraße 2. — Expedition: Zimmerstraße 44.

Abonnements-Einladung.

Für den Monat März eröffnen wir ein neues Abonnement auf das

„Berliner Volksblatt“

mit der Gratis-Beilage

„Illustrirtes Sonntagsblatt“.

Frei ins Haus kostet dasselbe 1 Mark 35 Pf. pro Monat, 3 Pf. pro Woche. Bestellungen werden von sämtlichen Postämtern, sowie in der Expedition, Zimmerstr. 44, angenommen.

Für Außerhalb nehmen alle Postanstalten Abonnements für den Monat März gegen Zahlung von 1 Mark 35 Pf. entgegen.

Den neu hinzutretenden Abonnenten wird der bisher erschienenen Theil des fesselnden und interessanten Romans

„Gesucht und gefunden“

sowie die bisher erschienenen Nummern des

„Illustrirtes Sonntagsblatt.“

— soweit der Vorrath reicht — gegen Voreinsendung der Abonnements-Quittung gratis und franco verabfolgt.

Das „Berliner Volksblatt“ feiert am 1. April seinen ersten Geburtstag, es blickt dann auf ein Jahr seines Bestehens und seiner Thätigkeit zurück. Die Berliner Arbeiterschaft hat dem Blatt, welches allein die Interessen derselben vertritt, entschieden seine Sympathien zugewandt, trotzdem aber ist es unbedingt erforderlich, daß wir es an Anstrengungen nicht fehlen lassen, immer größere und weitere Kreise der arbeitenden Bevölkerung zu uns heranzuziehen. Aber wir erwarten auch von unseren bisherigen Lesern und Freunden, daß sie uns in unseren Bestrebungen thätig unterstützen. Wir werden auf dem einmal eingeschlagenen Wege unentwegt weiter fortzuschreiten und feils für die Wahrung der Interessen der Arbeiter eintreten.

Die Redaktion und Expedition des „Berliner Volksblatt“.

Der heutigen Nummer liegt für unsere auswärtigen Abonnenten die Nummer 13 des „Illustrirtes Sonntagsblatt“ bei.

Sind wir Kolonialchwärmer?

Es ist interessant, sich darüber zu unterrichten, wie die bei uns zum Vorschein gekommenen wirtschaftlichen und politischen Strömungen im Ausland und jenseits des Meeres beurtheilt werden. Man findet da oft merkwürdige Auslassungen; der merkwürdigsten eine aber enthält die bekannte „Illinois Staats-Zeitung“ in Chicago, ein Blatt, das von Lorenz Brentano, dem einstigen Diktator im badischen Aufstande von 1849 gegründet worden ist. Man liest da:

„Die Zahl der kaltblütigen Leute ist heute in Deutschland noch nicht groß, aber sie wird von Jahr zu Jahr wachsen und wenn sich erst zeigt, daß Millionen über Millionen Mark in den „Kolonialbesitz“ werden hineingesteckt werden müssen, ehe er nur anfangen kann, Früchte zu bringen, werden gar Viele, die sich jetzt in Schwärmerei für „Neudeutschland jenseits des Meeres“ förmlich berauschen, argen Ragenjammer bekommen.“

Es ist doch sonderbar, daß ein so großes und so angesehenes amerikanisches Blatt sich solch eine falsche Vorstellung von den gegenwärtig in Deutschland herrschenden Anschauungen macht.

Man kann wohl sagen, daß kaum eine Frage in Deutschland so kühl und so nüchtern beurtheilt worden ist, wie die Kolonialfrage. Wenn man im Allgemeinen sich hätte in einen „Kolonialtausch“ hineinreihen lassen, so müßte denn doch die Kolonialbewegung in Deutschland anders aussehen. Die Masse des Volkes hat in dessen gegenüber der Kolonialpolitik einen ziemlich gleichgültigen Zuschauer gespielt und auch die Mehrheit des Reichstages hat keine unbedingt zustimmende Haltung gegenüber der Kolonialpolitik eingenommen. Man hat einige Forderungen für die in den neu erworbenen Landesstücken zu treffenden Einrichtungen bewilligt, man hat aber auch die berühmt gewordenen 20 000 Mark abgelehnt, was als Demonstration gegen die Kolonialpolitik aufgefaßt worden ist. Und die mißbilligenden Stimmen darüber, daß die Zivilisation in Kamerun gleich mit neuen Gefängnisbauten beginnt, sind noch keineswegs verstummt!

Daß es neben den Politikern, die aus Gefälligkeit und Unterwürfigkeit gegen die Regierung die Kolonialpolitik verherrlichen, auch Kolonialchwärmer in Deutschland giebt, ist sicher, aber es sind Erscheinungen ganz eigener Natur. Das sind fast nur noch jene großen Kaufleute, Rheder, Banquiers und Großindustriellen, die den sogenannten deutschen Kolonialverein gegründet haben. Dort schwärmt man allerdings für eine Kolonialpolitik in jeglicher Gestalt, während wir sagen müssen, daß wir zwar nicht Gegner jeder Kolonialpolitik wohl aber Gegner der Art von Kolonialpolitik sind, wie sie gegenwärtig von der deutschen Reichsregierung betrieben wird.

Es ist auch leicht, sich darüber klar zu werden, warum gewisse Leute so sehr für die „neue Aera der Kolonialpolitik“ schwärmen. Die Herren Börmann von Hamburg und Meier von Bremen haben uns darüber nicht im Zweifel gelassen. Diese Herren hoffen die Kolonialpolitik tüchtig für sich auszunutzen zu können und, wie es den Anschein hat,

werden sich diese Hoffnungen auch erfüllen. Auf den ausgedehnten Besitzungen der großen deutschen Kaufleute in den neuen Kolonien werden die billigen Arbeitskräfte der Eingeborenen ausgenutzt, und zwar mit Gewinn. Man weiß, wie es die Herren Sodeffroy in Hamburg auf den Samoa-Inseln gemacht haben. Dort wurden mit den eingeborenen Arbeitern Verträge gemacht, welche die Arbeiter willenlos in die Hand der Unternehmer gaben und der Unfug wurde so stark, daß eine Zeit lang die unabhängige deutsche Presse von Beschwerden über denselben widerhallte. Wird es in den Gebieten von Kamerun u. s. w. viel anders werden? Schwerlich! Nur haben die Kaufleute dort den Vortheil, daß „die öffentliche Sicherheit“ dort durch die Behörden des deutschen Reichs und auf Kosten desselben aufrecht erhalten wird.

Herr Börmann hat sich im Reichstag auch über den in Zukunft nicht ausbleibenden großartigen Schnapschandel nach Afrika ausgesprochen und hielt ein Verbot oder auch nur eine Einschränkung dieses für unzivilisierte Völkern so gefährlichen Handels für unzulässig. Er meinte, die Zivilisation bedürfe „charakteristischer Mittel“. Nun, wir wissen nicht, was Herr Börmann unter „Zivilisation“ versteht; daß er sie mit dem Schnaps in Verbindung bringt, ist charakteristisch genug. Man sieht, die Hamburger Kaufleute sind bereit, in die Fußtapfen jener englischen Kaufleute zu treten, welche das Opium in so großen Massen nach dem Orient einfuhrten und damit so viel Unheil anrichteten. Aber was kümmerte dies jene Engländer; sie strichen eben ihren Gewinn ein und damit basta! Und so werden die Hamburger Kaufleute auch für Kolonialpolitik schwärmen, um den armen Wilden den verderblichen Schnaps gegen gute Bezahlung aufzudrängen.

Das sind sonach die wirklichen und wahren Kolonialchwärmer, die Herren Börmann und Genossen. Wozu wir andern Deutschen und zu einer Kolonial-Schwärmerei hineinreihen lassen sollten, ist nicht einzusehen. Wenn man nicht mit Schnaps, Gewehren, Munition, Glasperlen und Mundharmonikas handelt, so hat man weiter kein Interesse an den neu erworbenen Ländern, für deren „Zivilisation“ einstweilen wir schon so tüchtig zahlen müssen.

Daß aus Kamerun, Bimbia oder Angra Pequena ein „Neu-Deutschland“ werden würde und werden könne, dieser Hoffnung hat sich schwerlich in Deutschland irgend Jemand hingegeben, nicht einmal Diejenigen, die man als Kolonialchwärmer bezeichnen könnte.

Da wir Deutschen sonach im Allgemeinen weder Kolonialchwärmer sind noch uns in einem „Kolonialtausch“ befinden, so wird auch der „Kolonial-Ragenjammer“ ausbleiben, den die „Illinois Staats-Zeitung“ so sicher kommen sieht. Daß hinter den Herren Börmann und Genossen auch

Dasein verdankt . . . Das Geld soll sicher an die rechte Adresse gelangen und auch die ferneren Unterstützungen, welche Sie ihr zugebacht haben, dürfen Sie getrost in meine Hände legen; ich werde Alles bestens besorgen. . . Ich bin wirklich von so viel Edelmut auf's Tiefste gerührt. Sogleich, noch diese Stunde werde ich Erkundigungen einziehen und dem Mädchen Ihr Geschenk aushändigen. . . Sieh', also solche Summen kann man von dem Wirtschaftsgelbe ersparen? . . . Nun, es hat in diesem Falle doch sein Gutes, daß Sie so unbeschränkte Vollmacht haben, über Georg's Kasse zu schalten. — Leben Sie wohl, theuerste Schwägerin, gestatten Sie, daß ich nicht allein aus innigster Freundschaft sondern auch aus tiefster Hochachtung Ihre schöne Hand. . .

Er wartete wieder die Erlaubniß nicht ab, die Hand küssen zu dürfen, sondern ergriff dieselbe und führte sie leidenschaftlich an seine Lippen; dann nahm er seinen Hut, warf in der Thür noch eine Kupfhand nach der unglücklichen Frau, welche das Antlitz mit den Händen bedeckte und in die Sophade zurückfiel — und entfernte sich.

Draußen aber mußte er sich Zwang anthun, um nicht laut aufzulachen.

„Ich bin doch ein Glückspilz!“ rief er. „Wahrhaftig, Fortuna will mir wohl. . . Ich sehe ein Kind in die Welt, Schande und Armut drohen mir — mein Bruder nimmt die Schande auf sich, und meine liebenswürdige Schwägerin ist so freundlich, die finanziellen Angelegenheiten zu reguliren. . . Köstlich, das ist wirklich eine Komödie, die nicht schöner gedacht werden kann!“

Als er gegen Mittag zurückkehrte, traf er seinen Bruder bereits anwesend, und zwar beschäftigt, das Geld in einer Geldschwinde zu zählen, und das Konto, welches seine Frau über die häusliche Kasse führte, zu revidiren.

„Was machst Du da, Georg?“ fragte er anscheinend verwundert, als er seinen Bruder bei dieser Beschäftigung überraschte.

„Ich beabsichtige, meiner Frau die Kasse abzunehmen, auf Deinen Rath thue ich es; es wird mir herzlich schwer, und ich weiß, daß Rätchen heiße Thränen über dieses vermeintliche Mißtrauen weint.“

„Thorheit,“ sagte Amberg unwillig; „so war es ja nicht gemeint. . . Wie kannst Du Deine Frau so beleidigen! Um Gotteswillen, mache die Bäder zu, stelle die Geldschwinde bei Seite und gib Deinem lieben Rätchen die Schlüssel zurück.“

„Sagtest Du nicht gestern. . .?“

„Du hast wohl geträumt? Nein, nein, es ist viel besser so; Du hast eine vortreffliche Frau.“

„Nicht wahr? . . . Es freut mich, daß Du das selbst sagst; noch gestern zweifeltest Du an ihr.“

„Dann muß ich im Schlafe gesprochen haben. . .

„Nein, Georg, ich bin der festen Ueberzeugung, Rätchen ist die Perle aller Frauen und Du darfst sie unter keinen Umständen so beleidigen, ihr die Verwaltung der Kasse abzunehmen. . . Bedenke doch, wollest Du Deinem lieben Rätchen die Gelegenheit nehmen, kleine Ersparnisse zu machen, mit denen sie Dich hin und wieder überraschen kann? O, wie kannst Du nur so grausam sein, Georg?“

„Du machst mir Vorwürfe, obwohl ich das nur auf Deinen ausdrücklichen Rath thue, und auf Deine Vorstellung hin, daß ich dies meinem Ansehen und Deinem Recht schuldig sei.“

„Du hast mich gänzlich mißverstanden.“

„Ich habe Dich nicht mißverstanden; aber mag dem sein, wie ihm wolle — es freut mich, daß Du Dich zu anderer Ansicht belehrt hast. Von Herzen gern lasse ich Alles beim Alten; es hat mich geschmerzt, meinem lieben Rätchen auch nur einen Augenblick wehe thun zu müssen.“

In diesem Augenblick trat seine Frau zu ihnen, um den Herren zu berichten, daß das Mittagessen angerichtet sei.

„Liebes Rätchen,“ sagte Georg auf sie zutretend und mit beiden Händen ihren Kopf emporrichtend, „Du hast geweint? Du hast doch nicht etwa geglaubt, ich mißtraue Dir?“

„Du hättest Unrecht, mir zu mißtrauen, Georg.“

„Gewiß, gewiß, davon bin ich überzeugt, und damit Du siehst, daß alles Mißtrauen mir fern ist, erkläre ich Dir, daß ich von dem thörichten Einfall, eine Kontrolle

Feuilleton.

Gesucht und gefunden.

Roman von Dr. Duz.

(Fortsetzung.)

„Ich spreche keinen Tadel gegen ihn aus, ich glaube vielmehr, daß Georg sich aus Rücksicht für mich nun gänzlich von dem unglücklichen Opfer seiner Leidenschaft zurückzieht; vielleicht fürchtet er, ich möchte dadurch, daß er sich mit dem Mädchen nach wie vor in Verbindung setzt, Kenntnis davon erhalten; vielleicht auch veranlaßt Reue über seine That ihn zu dieser Pflichtvergesenheit gegen sein Kind und die Mutter desselben. . . Das unglückliche Opfer und das schuldlose Kind dürfen unter meinem Kummer und seiner Reue nicht leiden. Da ich die ganze Kasse meines Mannes verwalte, und er unbedingt Vertrauen in mich setzt, so ist es mir möglich geworden, von meinem Wirtschaftsgelbe eine Summe zu ersparen; ich bitte Sie nun, Herr Prediger, wenn Sie den Aufenthalt des Mädchens nicht kennen sollten, sich nach demselben zu erkundigen und ihr diese Summe auszuhändigen, es wird mir möglich sein, ihr von Zeit zu Zeit weitere Unterstützung zukommen zu lassen.“

Bei diesen Worten öffnete sie ein Kästchen, in welchem sie ihre kleinen Ersparnisse zu verwahren pflegte, nahm einige Papierschne heraus und legte sie vor dem Prediger auf den Tisch.

„Geben Sie ihr das,“ fügte sie hinzu, und Thränen fielen ihre Augen; „aber sagen Sie ihr nicht, wer ihr dieses Geld sendet.“

„Sie sind die edelste aller Frauen, Schwägerin. . . O, der Undankbare! Ich fühle ordentlich eine Hornwallung gegen meinen Bruder, daß er sich so vergessen konnte! Es widerstrebt mir fast, das Geld aus Ihren Händen zu nehmen, theuerste Schwägerin, und es erschüttert mich tief, zu sehen, wie der Gram über die Untreue Georg's in Ihrer Seele brennt; aber da Sie es wünschen, so nehme ich es, und danke Ihnen im Namen des Mädchens und des kleinen, schuldlosen Welibürgers der Ihrem Gatten sein

nach mehr wirklich Schwärmer einherziehen, mag sein, allein Niemand wird so thöricht sein, diese Leute für das deutsche Volk anzusehen. Sie pflügen sich zwar mit dem deutschen Volke gerne zu verwecheln, allein diese Täuschung ihrer selbst dauert niemals lange.

Politische Uebersicht.

Für den Nutzen der Spiritusbrennerei hat auf der jüngsten Generalversammlung der Spiritusfabrikanten zu Berlin Herr Prof. Dr. Wälder aus Halle ein sonderbares Argument angegeben. Derselbe gab allerdings zu, daß auf manchen Flächen, wo jetzt Kartoffeln zum Spiritusbrennen gebaut würden, ganz gut Getreide gedeihe, aber es sei nicht zu vergessen, daß das beste und meiste Fleisch, das doch auch ein sehr meistentliches Nahrungsmittel bilde, durch die Brennereibetriebe beschaffte werde. Also zunächst wird durch Getreide- und Kartoffelbau das Getreide vertheuert, dann wird durch den Brennereibetrieb, und rechnen wir noch den übertriebenen Zudrückenbau hinzu, der Getreidebau vernachlässigt, so daß das deutsche Getreide in allen jenen Gegenden sehr schlecht ist, und endlich erhält dafür das Volk billigen und miserablen Fusel. Das wird der gelehrte Herr Professor kaum bestreiten können. Dagegen aber schafft der Brennereibetrieb das beste Fleisch als Nahrungsmittel, bekanntlich werden durchweg Ochsen auf den sogenannten Fuselhöfen gemästet, das Volk aber, welches die Getreidepreiserhöhung fühlt und den schlechten Spiritus trinkt, ist niemals Ochsenfleisch, weil dasselbe zu theuer ist. Deshalb möge uns der Herr Professor mit seinem besten Nahrungsmittel geföhnen bleiben. Aber auch Kenner der einschlägigen Verhältnisse wissen, daß die auf den Fuselhöfen gemästeten Ochsen nur angeschwemmtes, ungesundes Fleisch sind, so daß dieses Ochsenfleisch überhaupt kein gutes Nahrungsmittel bildet. Dr. Wälder aber ist Professor der Landwirthschaft und — „Klimpern gehört zum Handwerk!“

Angra Pequena soll Zeitungsnachrichten zu Folge in den Besitz einer Aktien-Gesellschaft übergehen. Herr Lüderig soll sich dieserhalb zunächst an den deutschen Kolonialverein gewandt haben, der sich aber außer Stande erklärte, das Unternehmen auf seine Schultern zu nehmen, da ihm die nöthigen Geldmittel dazu mangelten. Nach einer Andeutung in der „Breslauer Btg.“ trägt sich auch Herr Woermann mit gleichen Gedanken bezüglich seines Kamerunex Besitzes.

Der Friede ist gesichert! Aus Spandau kommt die Nachricht, daß in den Militärwerkstätten wieder eine Arbeitsstörung eingetreten sei, und zwar deshalb, weil die Fabrik Löwe u. Co. in Berlin, die zur Anfertigung der neuen Gewehre bestimmten, komplizirten Maschinenteile noch nicht habe liefern können. Demnach scheint es, daß die Einführung des neuen Gewehres in größerem Umfange geplant ist.

In Braunschweig sollte am 24. d. M. eine Pastoren-Versammlung stattfinden, in welcher die Erstfolgersage zur Sprache kommen sollte. Der Ginderufer war der orthodoxe Pastor Schwarz, als Versammlungsort war die Herberge zur Heimath im Ausicht genommen. Auf Antrag des Ministeriums beschloß der Vorstand jedoch, die Herberge zur Heimath nicht zu diesem Zweck herzugeben, nachdem auch das Konsistorium die Versammlung verboten hatte. Die Absicht der Orthodoxen, welche bekanntlich für den Regierungsantritt des Herzogs von Cumberland schwärmen, für denselben Propaganda zu machen, ist somit vereitelt. Die Polizeidirektion soll übrigens Aufforderungen erhalten haben, eine Ueberwachung der einflussreichen Herren Pastoren anzuordnen. Etwa zehn oder zwölf der Herren waren trotz aller diesen Anordnungen angelangt, kamen aber, als sie sich zur Versammlung begeben wollten, vor verschlossene Thüren.

Frankreich.

Die französische Deputirtenkammer hat einen Beschluß vom 6. Febr. auf in Europa hergestelltes oder direkt aus einem Lande außerhalb Europas importirtes Mehl genehmigt. Für außerhalb Europa hergestelltes aus europäischen Entrepots importirtes Mehl wurde der Beschluß vom 9. Febr. 40 Cts. festgesetzt. — Eine Meldung aus Shanghai zufolge wird Admiral Courbet in der Nähe von Shanghai Stellung nehmen, um die Einfuhr von Reis auf dem Seewege zu verhindern.

Großbritannien.

Im Unterhause theilte der Unterstaatssekretär auf Befragen mit, die Regierung werde die französische Regierung davon benachrichtigen, daß sie Reis nicht allgemein als Kriegskontributionsgegenstand betrachten könne. — Weiter erklärte derselbe, die italienische Regierung habe die Absicht ausgedrückt, den Vertrag zwischen England, Cyprien und Abyssinien zu respektiren und ihr Möglichstes zur Erleichterung des Verkehrs zu thun. — Ferner kündigte der Abg. Dübeld an, er würde demnächst die Aufmerksamkeit des Hauses auf die Plünderungen fremder Fischerboote in

üben zu wollen, vollständig zurückgekommen bin. Da sind die Bücher, da ist das Geld und hier die Schlüssel, eine bessere Kontrolle könnte ich ja doch nicht üben; es bleibt Alles beim Alten, mein liebes Mädchen.“

Ein dankbarer Blick aus dem thänenfeuchten Auge lohnte ihm. Härtlich nahm er ihren Arm unter den seinigen, um sie in das Nebenzimmer zu führen, wo der Tisch gedeckt war. Der Prediger aber nahm Gelegenheit, ihr leise zuzufüsteln:

„Das ist mein Werk, nun steht Ihnen nichts im Wege, nach wie vor kleine Ersparnisse zu machen.“

Siebenzehntes Kapitel.

Paul Amberg war von seinem Glücke dermaßen erfüllt, daß er sich nicht entsann, seit langer Zeit einen so frohen Tag gehabt zu haben, wie der heutige. Als Georg sich am Nachmittag in sein Komtoir begeben hatte, nahm er zunächst Gelegenheit, Bericht zu erstatten.

„Es ist mir gelungen, theure Schwägerin,“ sagte er, „das Mädchen aufzufinden.“

„Wie ich vermutete, in dürftigen Verhältnissen?“

„In sehr dürftigen Verhältnissen; es ist zum Glücke erbarmer, eine Mutter mit ihrem Kinde, und wenn es auch eine gefallene Mutter und ein uneheliches Kind ist, so dem Glücke preisgegeben zu sehen. — Die Unterstützung, welche Sie ihr gewährten, kam dem unglücklichen Mädchen wie ein Segen vom Himmel.“

Räthchen seufzte.

„Wie gern würde ich wohlthun, wie glücklich wäre ich, wenn ich hier mit frohem Herzen wohlthun könnte, aber es mißt sich in das Gefühl des Wohlthuns immer der entscheidend marternde Gedanke: Es ist kein Kind! Er ist mir nicht treu! Er liebt mich nicht mehr! . . . Nicht meinem Herzen folge ich, indem ich dem Mädchen helfe, sondern nur dem Gefühl einer Pflicht, und zwar einer sehr, sehr schweren Pflicht.“

„Ich glaube Ihnen, theure Schwägerin; um so höher muß die Welt Ihren Charakter schätzen. Sorgen Sie nur, daß ja dem armen Wesen von Zeit zu Zeit eine kleine Hilfe zukommt; ich selber würde ja mit Freuden meine

der Nordsee lenken. Nachdem hierauf mehrere Fragen gestellt und von der Regierung beantwortet waren, beantragte Gladstone die Priorität für die Debatte über den Northcote'schen Antrag. Die Homeruler J. und W. Redmond, T. B. O'Connor, O'Brien und Segion bekämpften den Antrag aus dem Grunde, daß derselbe die Diskussion einer „wichtigen irischen Frage“ verhindern würde. Die Debatte dehnte sich unter der zunehmenden Ungehörigkeit des Hauses und wiederholten Rufes: „Zur Abstimmung!“ über 1 einhalb Stunden aus, bis endlich der Sprecher erklärte, es scheine ihm, daß die Frage hinsichtlich erörtert worden und es der augenscheinliche Wunsch des Hauses sei, zur Abstimmung zu schreiten. O'Brien ruft mit erdobener Stimme aus: „Das ist liberale Politik! Wir werden uns dessen in Irland erinnern.“ (Beifall der Parteilosen; Rufe: „Man nenne ihn!“ von anderen Seiten des Hauses.) Der Sprecher nennt O'Brien beim Namen wegen Ungehorsams gegen seine Befehle, und Gladstone beantragt dessen Suspension für den Rest der Sitzung. O'Brien ruft aus: „Dies ist die einzige Wehre, die mein Ehrgeiz von Ihnen erstrebte.“ Der Antrag wird mit 24 gegen 20 Stimmen angenommen. Der Sprecher fordert sodann O'Brien auf, das Haus zu verlassen. O'Brien sagt: „Gewiß, Herr Sprecher, mit mehr Vergnügen, als ich es jemals betrat,“ und verläßt unter dem Beifall seiner Parteigenossen den Sitzungssaal. — Dem General Gordon soll ein nationales Denkmal errichtet werden. Es hat sich bereits ein Komitee zur Entgegennahme von Beiträgen gebildet.

Ägypten.

Zur Abwechslung beschäftigten sich die Engländer im Sudan mit Ordensverleihungen; dem Mirdi von Dongola haben sie nicht nur Orden, sondern auch noch die „Ritterwürde“ verliehen. — Aus Suakin ist dem „Daily Telegraph“ gemeldet, daß die Sudanesisern gestern Abend bis innerhalb 800 Meter von den Wasserforts vordrangen und die während des Tages aufgeworfenen Redouten demolirten. Der Zweck der Redouten war, die bei dem Eisenbahnbau beschäftigten Arbeiter zu decken. Also der Eisenbahnbau verlangt ein vollständiges englisches Armeekorps und dieses wieder kann nur vorrücken, so weit die Eisenbahn fertig ist. Da wird es lange dauern, bis der Weg nach Berber aufgehoben ist. — General Graham, der Oberbefehlshaber der nach Suakin bestimmten Expedition, ist mit seinem Generalkommando in Keiro eingetroffen. Die Kreuze des Prinzen Hassan nach dem Sudan ist nunmehr definitiv auf den 2. März festgesetzt. In der Begleitung des Prinzen werden sich 24 Mann mit 80 Kamelen befinden.

Amerika.

Ein Telegramm aus New York meldete neulich, daß dem deutschen Generalkonsul in New York ein Paket zugestellt sei, welches allem Anscheine nach eine kleine Höllemaschine enthielt, die, wenn das Paket unvorsichtig geöffnet worden wäre, ernstlichen Schaden hätte anrichten können. Die New Yorker Blätter berichten mit großer Ausführlichkeit darüber. Das Paket war auf dem Williamsbury Ferry Boat (Nähr-Dampfsboot) unter dem Sitze zurückgelassen. Ein Frauenzimmer hatte einen der Männer an Bord darauf aufmerksam gemacht und war dann verschwunden. Das Paket, das nachlässig in eine deutsche Zeitung geklärt war, trug die Aufschrift: „Deutsches General-Konsulat“ und wurde nach dem Geschäftslokale der Dampfzähle gebracht, wo es einem Angestellten zufällig etwas verdächtigt vorfam. In dem Paket wurde ein Brief gefunden. Dieser ging an seine Adresse ins deutsche Generalkonsulat. Der Schreiber wünscht dem deutschen Generalkonsul nachträglich ein kleines Weihnachtsgeschenk zu machen, das zwar wertlos sei, aber dessen sich der Empfänger erinnern werde, „so lange er lebe.“ Ferner war auch die freundliche Versicherung gegeben, daß, ehe der Dedel noch gelüftet sei, der Empfänger gen Himmel fahren werde. Man hielt auf dem Konsulat den Inhalt des Schreibens für einen schlechten Scherz und ließ das Paket holen. Als indes der Dedel des Kistchens ein wenig gehoben war, erkannte man in der That eine kleine Maschine in der Riste und ließ dieselbe, nachdem sie eine Zeit im Wasser gestanden hatte, vom Boden aus öffnen. Die sorgfältig gearbeitete Maschine enthielt einen Behälter mit Sprengstoff. Die Polizei hofft, den Absender zu ermitteln.

Die am Montag, den 23. d. M., im Repräsentanten-Hause der Vereinigten Staaten von Amerika eingebrachte Resolution, welche offen Wiedervergeltungsmahregeln gegen die deutsche Höllepolitik in Anregung bringt, hat folgenden Wortlaut: In Hinblick auf die fortwährende Zurückweisung amerikanischer Schiffe seitens Deutschlands, die neuerliche Erhöhung der Zölle auf aus den Vereinigten Staaten importirten Weizen und Roggen und die jetzt dem amerikanischen Petroleum angebrochen feindlichen Maßregeln wird beschlossen, daß der Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten angewiesen werde, zu untersuchen und darüber zu berichten, ob die Interessen der Vereinigten Staaten nicht die Annahme von gleichen, einen Unterschied machenden Maßregeln gegen solche aus Deutschland importirte Hauptartikel erfordern, welche in den Vereinigten Staaten wachsen oder fabriktirt werden.“

Mittel zu Gebote stellen, schon aus Liebe zu meinem Bruder, aber da Sie meine Hilfe zurückweisen, da Sie eine Befriedigung darin finden, Ihren Verpflichtungen selber nachzukommen, so will ich Ihnen das befriedigende Bewußtsein nicht verkümmern, indem ich underufen eingreife.“

„Wenn ich Sie noch in dieser Sache bemühen darf . . .?“

„So oft Sie wollen, theuerste Schwägerin, so oft Sie wollen . . . Sehen Sie, was ich thue; ich habe vor, das Mädchen von hier fortzunehmen und an einen weit entfernten Ort zu bringen, damit auch nicht eine zufällige Begegnung mit Georg, oder gar mit Ihnen, die Wunde, wenn sie von der Zeit geheilt sein wird, wieder aufreißt . . . Das Mädchen ist ja auch vernünftig und denkt nicht daran, mit Ihrem Wanne zu korrespondiren oder ihm zudringlich zu werden; doch ist es am besten, es wird auch einem unglücklichen Zufall vorgebeugt, und sie wird von hier entfernt.“

„Das ist gut; ich danke Ihnen für diesen Dienst.“

Räthchen war in der That durch die Eröffnung ihres Schwagers gerührt und sie fühlte ein wenig Reue darüber, daß sie ihn stets mit einer gewissen Kälte behandelt hatte.

„Er ist doch nicht so schlimm, wie ich dachte,“ sagte sie für sich. „Er ist gefällig und dieser Beweis von Theilnahme für meinenummer und seine freundschaftliche Sorge ist ein edler Zug.“

So reichte sie ihm denn auch dankbar und mit größerer Freundschaft als seit langer Zeit geschehen war, die Hand, und so sehr ihr auch seine Blicke und das grinsende Lächeln zuwider waren — sie zeigte ihm ihre Abneigung nicht.

Amberg deutete diese Veränderung ihres Benehmens in dem frivolsten Sinne und fand darin eine Ermutigung und die Hoffnung, daß es ihm endlich doch gelingen werde, seine spröde Schwägerin sich geneigt zu machen. Das trug nicht wenig dazu bei, seine Stimmung noch gehobener zu machen, und als er eine viertel Stunde später in seinem Zimmer beschäftigt war, sich anzuleiden und behäbig lächelnd vor dem Spiegel stand und seine Kravatte zurecht

zupfte, da wiederholte er sich mehr als einmal: „Das Glück verfolgt mich förmlich; mir fehlt beinahe gar nichts mehr. Der Reichthum wird mir zu alledem von mehr als einer Seite in den Schooß fließen.“

Parlamentarisches.

Das Notstands-gesetz für Westpreußen d. h. eine Unterstützung der durch die Ueberschwemmung der Weichsel Geschädigten, wird demnächst dem Landtage zur Beschlußfassung in Richtung und Form genau den Vorlagen bei elementaren Unglücksfällen in anderen Provinzen an. Die Geschädigten erhalten theils einmalige Geldunterstützung, theils Vorstühle zu ländlichen Anlagen mit Pflicht der Rückzahlung. An der Genehmigung des Landtages zu diesen Entwürfen ist nicht zu zweifeln.

Es wird der „Berlin.“ zufolge beabsichtigt, wenn Sonnabend im Abgeordneten-hause der Kulturbüro über die Besondere in einem Berichtsantrag zu bringen, am 20. März ab 10 Uhr dem Reichstage zur Behandlung der Kolonialfragen in ununterbrochenen Sitzungen. Die Pause des Abgeordneten-hauses soll acht Tage betragen.

Der Gesetzentwurf, wonach den deutschen Reichshöfen gegenüber fremden Staaten und Staaten eine Rechtsprechung nicht zustehen soll, begegnet Reichstage lebhaftem Bedenken. Es werden, wie die „Berl.“ schreibt, von verschiedenen Seiten Anträge dagegen vorbereitet, und der an sich unsehr beliebte Entwurf wird im Reichstage jedenfalls zu lebhaften Debatten führen.

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

Deffeniliche Sitzung vom 26. Februar. Vorsteher Dr. Strakmann eröffnet die Sitzung um 5 1/2 Uhr mit einem ehrenvollen Nachruf für den verstorbenen Stadtrath Dr. Stort, dessen große Verdienste um die Stadt betont. Die Versammlung ehrt das Andenken des Verstorbenen durch Erheben von den Sitzen. Zum Reichendebatte wird eine große Anzahl von Mitgliedern deputirt.

Der Ausschuss zur Vorbereitung der Vorlage, betr. den Ankauf eines Grundstücks an der Demminer Straße zu Gemeindezwecken, hat sich konstituit.

Namens des Staatsauschusses referirt Stadtd. Spina über den Antrag betr. die Kreirung der Stelle eines besoldeten Stadtraths für das Sanitätswesen. Der Antrag geht dahin: Die Versammlung beschließt, die Stelle eines städtischen Sanitätsbeamten, deren Inhaber Mitglied des Magistrats sein soll, zu kreiren und ersucht den Magistrat, sich mit einverstanden zu erklären und ihr den Entwurf des § 29 der Städteordnung erforderlichen Ortsstatuts, in welchem event. auch die Kreirung einer neuen unbesoldeten Stadtrathsstelle vorzusehen ist, recht bald zur Genehmigung vorzulegen.“ Der Referent verweist auf die großen sozialen Institutionen und Unternehmungen, welche in Berlin in den letzten Jahren ins Leben getreten sind und daß in Fachkreisen schon oft der Bewunderung darüber Ausdruck verliehen worden ist, daß die Stadt Berlin noch immer keinen städtischen Zentral-Medizinalbeamten besitze, dessen Wirkungsbereich doch ein ganz ausgedehnter sein würde. Er vertritt nicht leugnen, daß das Fehlen dieses Beamten sich bei der Erledigung vieler Angelegenheiten schon recht fühlbar gemacht habe. Inzwischen sei Berlin in dieser Beziehung bereits von einer Stadt überholt worden, denn Frankfurt a. M. besitze seit dem Jahre 1883 einen solchen städtischen Medizinalbeamten, der sich bis jetzt sehr gut bewährt habe. Für Berlin würde das Arbeitsfeld eines solchen Beamten ein überaus fruchtbringendes sein, denn das Krankenkassenwesen, die Armen- und die Schulhygiene, die Baugesetze, die Marktthieren, der Schönhof etc. bieten überaus zahlreiche Gelegenheiten zur thätigen Theilnahme eines städtischen Medizinalbeamten. Die Sache ist keineswegs neu, sondern schleppe sich schon durch viele Jahre sei also vollkommen spruchreife. Auch der Magistrat werde die Beschlüsse des Staatsauschusses zustimmen und habe bereits eine Subkommission für diese Frage niedergesetzt. In Frankfurt sei dieser Beamte nicht Mitglied des Magistratskollegiums, der Magistrats sind; hier in Berlin werde derselbe einen Platz im dem Kollegium einnehmen müssen und es sei nicht zu wünschen, daß ein solcher städtischer Beamte mit dem staatlichen Sanitätsbeamten in Konflikt geraten könnte. Er bitte

um möglichst einstimmige Annahme des Antrags.

Von den Stadtd. Singer, Böckl, Tugwitz, Herold und Schlegel ist ein Antrag eingebracht worden, nach der Magistrat ersucht werden soll, in gemischter Besetzung mit der Versammlung über die Kreirung der Stelle eines städtischen Sanitätsbeamten zu berathen.

Stadtd. Dr. Neumann hält die Form, in welcher diese wichtige Frage gelegentlich der Eitsberathung erledigt werden soll, nicht für die richtige, da die Versammlung auf diese Weise von vornherein präjudizirt werden würde. Wenn der Magistrat auf den Wunsch des Ausschusses für diesen Vorschlag einen Subkommission niedergesetzt hat, so beziehe das doch den Schwerpunkt der Entscheidung aus der Versammlung in dem Ausschusse zu verlegen. Er verlange bei einer solchen wichtigen

Stadtd. Dr. Neumann hält die Form, in welcher diese wichtige Frage gelegentlich der Eitsberathung erledigt werden soll, nicht für die richtige, da die Versammlung auf diese Weise von vornherein präjudizirt werden würde. Wenn der Magistrat auf den Wunsch des Ausschusses für diesen Vorschlag einen Subkommission niedergesetzt hat, so beziehe das doch den Schwerpunkt der Entscheidung aus der Versammlung in dem Ausschusse zu verlegen. Er verlange bei einer solchen wichtigen

Stadtd. Dr. Neumann hält die Form, in welcher diese wichtige Frage gelegentlich der Eitsberathung erledigt werden soll, nicht für die richtige, da die Versammlung auf diese Weise von vornherein präjudizirt werden würde. Wenn der Magistrat auf den Wunsch des Ausschusses für diesen Vorschlag einen Subkommission niedergesetzt hat, so beziehe das doch den Schwerpunkt der Entscheidung aus der Versammlung in dem Ausschusse zu verlegen. Er verlange bei einer solchen wichtigen

Stadtd. Dr. Neumann hält die Form, in welcher diese wichtige Frage gelegentlich der Eitsberathung erledigt werden soll, nicht für die richtige, da die Versammlung auf diese Weise von vornherein präjudizirt werden würde. Wenn der Magistrat auf den Wunsch des Ausschusses für diesen Vorschlag einen Subkommission niedergesetzt hat, so beziehe das doch den Schwerpunkt der Entscheidung aus der Versammlung in dem Ausschusse zu verlegen. Er verlange bei einer solchen wichtigen

Stadtd. Dr. Neumann hält die Form, in welcher diese wichtige Frage gelegentlich der Eitsberathung erledigt werden soll, nicht für die richtige, da die Versammlung auf diese Weise von vornherein präjudizirt werden würde. Wenn der Magistrat auf den Wunsch des Ausschusses für diesen Vorschlag einen Subkommission niedergesetzt hat, so beziehe das doch den Schwerpunkt der Entscheidung aus der Versammlung in dem Ausschusse zu verlegen. Er verlange bei einer solchen wichtigen

Stadtd. Dr. Neumann hält die Form, in welcher diese wichtige Frage gelegentlich der Eitsberathung erledigt werden soll, nicht für die richtige, da die Versammlung auf diese Weise von vornherein präjudizirt werden würde. Wenn der Magistrat auf den Wunsch des Ausschusses für diesen Vorschlag einen Subkommission niedergesetzt hat, so beziehe das doch den Schwerpunkt der Entscheidung aus der Versammlung in dem Ausschusse zu verlegen. Er verlange bei einer solchen wichtigen

Stadtd. Dr. Neumann hält die Form, in welcher diese wichtige Frage gelegentlich der Eitsberathung erledigt werden soll, nicht für die richtige, da die Versammlung auf diese Weise von vornherein präjudizirt werden würde. Wenn der Magistrat auf den Wunsch des Ausschusses für diesen Vorschlag einen Subkommission niedergesetzt hat, so beziehe das doch den Schwerpunkt der Entscheidung aus der Versammlung in dem Ausschusse zu verlegen. Er verlange bei einer solchen wichtigen

Stadtd. Dr. Neumann hält die Form, in welcher diese wichtige Frage gelegentlich der Eitsberathung erledigt werden soll, nicht für die richtige, da die Versammlung auf diese Weise von vornherein präjudizirt werden würde. Wenn der Magistrat auf den Wunsch des Ausschusses für diesen Vorschlag einen Subkommission niedergesetzt hat, so beziehe das doch den Schwerpunkt der Entscheidung aus der Versammlung in dem Ausschusse zu verlegen. Er verlange bei einer solchen wichtigen

Stadtd. Dr. Neumann hält die Form, in welcher diese wichtige Frage gelegentlich der Eitsberathung erledigt werden soll, nicht für die richtige, da die Versammlung auf diese Weise von vornherein präjudizirt werden würde. Wenn der Magistrat auf den Wunsch des Ausschusses für diesen Vorschlag einen Subkommission niedergesetzt hat, so beziehe das doch den Schwerpunkt der Entscheidung aus der Versammlung in dem Ausschusse zu verlegen. Er verlange bei einer solchen wichtigen

Stadtd. Dr. Neumann hält die Form, in welcher diese wichtige Frage gelegentlich der Eitsberathung erledigt werden soll, nicht für die richtige, da die Versammlung auf diese Weise von vornherein präjudizirt werden würde. Wenn der Magistrat auf den Wunsch des Ausschusses für diesen Vorschlag einen Subkommission niedergesetzt hat, so beziehe das doch den Schwerpunkt der Entscheidung aus der Versammlung in dem Ausschusse zu verlegen. Er verlange bei einer solchen wichtigen

Stadtd. Dr. Neumann hält die Form, in welcher diese wichtige Frage gelegentlich der Eitsberathung erledigt werden soll, nicht für die richtige, da die Versammlung auf diese Weise von vornherein präjudizirt werden würde. Wenn der Magistrat auf den Wunsch des Ausschusses für diesen Vorschlag einen Subkommission niedergesetzt hat, so beziehe das doch den Schwerpunkt der Entscheidung aus der Versammlung in dem Ausschusse zu verlegen. Er verlange bei einer solchen wichtigen

Stadtd. Dr. Neumann hält die Form, in welcher diese wichtige Frage gelegentlich der Eitsberathung erledigt werden soll, nicht für die richtige, da die Versammlung auf diese Weise von vornherein präjudizirt werden würde. Wenn der Magistrat auf den Wunsch des Ausschusses für diesen Vorschlag einen Subkommission niedergesetzt hat, so beziehe das doch den Schwerpunkt der Entscheidung aus der Versammlung in dem Ausschusse zu verlegen. Er verlange bei einer solchen wichtigen

Eine sorgfältig ausgearbeitete Vorlage, welche auch die Thätigkeit dieses Beamten genau bezeichnen, nicht nur allgem. ne Andeutungen seitens eines Referenten, sondern seiner Meinung sei keineswegs Gefahr im Verzuge und deshalb würde er empfehlen, den Antrag, wie er vorliegt, abzulehnen, event. würde er sich dem Antrage auf Vorlegung einer gemischten Deputation anschließen. Stadtdr. Schulz weist darauf, daß er selbst die Kreierung einer solchen Stelle schon vor langen Jahren beantragt habe und bittet um Annahme des Ausschussesantrages.

Stadtdr. Singer empfiehlt den von ihm gestellten Antrag. Er sehe der Kreierung einer solchen Stelle ganz sympathisch gegenüber, denn er halte sie in der That für notwendig. Aber auch er müsse die Form bemängeln, denn die Sache trete doch etwas überraschend an die Versammlung heran, sie entbehre der sorgfältigen, alle Punkte berücksichtigenden Vorbereitung und die Versammlung stehe zur Zeit nur einem Embryo gegenüber. Er halte es nicht für richtig, erst eine Stelle zu schaffen, oder gar schon nach einer bestimmten Person auszuwählen und dann erst darüber zu beraten, welche Thätigkeit derselben zugewiesen sei.

Stadtdr. Horwitz schließt sich im Allgemeinen dem Vorschlag an. Auch er hat das Gefühl, daß die Vorlage doch bereits an die Versammlung herangetreten und die Sache noch keineswegs spruchreif sei. Er verlangt, daß eine so wichtige Angelegenheit sorgfältig geprüft werde, namentlich auch nach der Richtung hin, ob es sich nicht empfehle, ein Berliner sanitäres Gesundheitsamt mit entsprechender Organisation zu schaffen.

Stadtdr. Alexander Meyer: Was hier geschaffen werden sollte, sei nicht ein Medizinalbeamter, welcher zugleich Mitglied des Magistratskollegiums sein soll, sondern ein neuer Stadtrat, welcher zugleich medizinischer Sachverständiger sei. Der Nutzen eines solchen für eine so kostbare Verwaltung, wie die Berlins, liege klar auf der Hand und er halte es für gerechtfertigt, den Antrag des Ausschusses schon jetzt anzunehmen, mindestens empfehle er den Antrag Singer. Wenn Stadtdr. Horwitz die Sache noch nicht für spruchreif erklärt, so treffe dieser Ausdruck nicht zu, sie sei höchstens für Diefen oder Jenen noch nicht spruchreif.

Stadtdr. Gerth empfiehlt gleichfalls den Antrag des Ausschusses. Es sei zu verwundern, daß diese Sache noch immer nicht den Mitgliedern überbracht, denn dieselbe habe seit dem Jahre 1855 zu den verschiedensten Zeiten die städtische Verwaltung beschäftigt.

Nachdem auch Stadtdr. Langerhans den vorliegenden Antrag empfohlen, konstatirt Stadtdr. Singer, daß der Magistrat, trotzdem er in selten großer Anzahl zur Sache gewiesen, sich über die ganze Angelegenheit vollständig aufzuklären habe. Oberbürgermeister v. Forderbeck bemerkt, daß ein Beschluß des Magistrats noch nicht vorliegt, und daß dahin ein Magistratsmitglied sich auch nicht äußern dürfe.

Bei der hierauf folgenden Abstimmung wird der Antrag Singer abgelehnt, der vorliegende Antrag des Ausschusses dagegen angenommen.

Der Vorsteher unterbricht hierauf die Sitzung und es findet unter Vorsitz des Oberbürgermeisters v. Forderbeck eine gemeinschaftliche Sitzung des Magistrats und der Stadtverordneten-Versammlung statt. beabsichtigt die Vorname von Ersatzwahlen für den Bezirks-Ausschuß Berlin. Die Mitglieder der Bürgerpartei verlassen bei diesem Wahlsitz den Saal. Auf Antrag des Stadtdr. Kürten wird die Wahl durch Applausation vorgenommen und es werden gewählt: Zum Mitglied: Techniker Oscar Stephan; zu Stellvertretern: Fabrikbesitzer Dr. Darmstadt, Maurermeister Carl Koch, Generalsekretär M. Brömel, Direktor der preussischen Central-Boden-Kredit-Anstalt Hermann.

Nachdem die Sitzung wieder aufgenommen worden, referirt Stadtdr. Matten Namens des betr. Ausschusses über die Vorlagen, betr. die Anlegung von Straßen auf dem an der Linienstraße gelegenen Grundstück der Berliner Schützengilde. Ohne weitere wird folgender Beschluß gefaßt: „Die Versammlung beschließt sich damit einverstanden, daß die in dem der Vorlage vom 26. Januar cr. beigefügten Pläne mit den Buchstaben A, B, C und D bezeichneten Straßen in den Bebauungsplan aufgenommen werden mit der Maßgabe, daß die Straßen A. und B. von der Berliner Schützengilde, respektive ihrem Rechtsnachfolger als Unternehmer nach Maßgabe des Ortsstatuts II. vom 7./19. März 1877 angelegt werden, zu der Straße C. aber das dazu von dem Grundstück Linienstraße 3./5. erforderliche Terrain unentgeltlich abgetreten und ein Beitrag von 250 000 Mark zu den Kosten ihrer Anlage in 15 Metern Breite gezahlt wird.“

Ebenso ist die Versammlung mit der Erwerbung der zur Erweiterung der Krauß- und Kleinen Markusstraße von dem Grundstück Kraußstraße 16 und Kleine Markusstraße 15 erforderlichen Fläche von ca. 154 Quadratmeter zu einem Preise von 75 Mk. pro Quadratmeter, also zu einem Gesamtpreise von 11,550 Mk. einverstanden.

Deinem Angesicht. Laß' mich hoffen, daß es eine freudige Überraschung ist.“

„Freund, Nicodemus Sansleben, was führt Sie denn her?“

„Du redest mich an mit dem fremd klingenden „Sie“, mein Bruder? O, vergaßst Du denn, daß eine Stunde gemeinsamen Vergnügens, und leider auch gemeinsamen Aufschlusses uns zu ewiger Freundschaft vereinigte?“

„Mein Freund Sansleben, mach' Dich nicht lächerlich mit Deiner Salbaderei mir gegenüber; bringe Deine Sorgen an, wo Du Lust hast, sprich aber mit mir, wie mit einem gewöhnlichen Menschenkinde. Wir kennen uns, theurer Freund; laß also Deine Reden ruhig bei Seite und sage mir lieber, wie Du erfahren hast, daß ich hier bin?“

„Als ich diesen Morgen auf dem Bahnhofe meine wenigen Effekten abholte und mit einigen Freunden unserer Gesellschaft dort sprach, da sah ich Dich, mein Bruder, in Begleitung eines Mädchens, welches ein Kind in ihren Armen trug. Du halfst ihr in den Wagen steigen. Meine Freundschaft und meine Sehnsucht ließen sich kaum zügeln; natürlich vermutete ich, daß Du bei Deinen Verwandten bist, und so benutzte ich die erste Gelegenheit, um Dich aufzusuchen und Dich in meine Arme zu schließen.“

„Da beides nun geschehen ist, und da ich, wie Du siehst, im Begriff bin, auszugehen, so bitte ich Dich, mich für heute nicht weiter zu stören; im Uebrigen wünsche ich Dir bei Deinen Sammlungen eine große und reichliche Gabe, und in der Hindubelehrung den besten Erfolg.“

„Es klingt dieses fast, mein Bruder Amberg, als wenn Du mich hinausweist. Wie kommt es, daß Du nicht sprichst: Laß uns beisammen sitzen, wie alte, gute Freunde; laß uns plaudern mit einander, wie es alten Freunden ziemt?“

„Die Stunden sind hier sehr kostbar in Berlin, mein Freund, ich muß sie ausnützen; willst Du mich in Neuhadt besuchen, mein Freund, wo ich oft von der Langerweile geplagt werde, so soll mir's lieb sein; aber offen gesagt, hier in Berlin weiß ich die Stunden besser auszunützen.“

Es folgt der vom Magistrat ausgearbeitete Tarif der Einzelpreise für Arbeiten und Lieferungen bei Ausführung von Haus- und Dachwasser-Ableitungen pro 1. April 1885/86. Stadtdr. Weich beantragt, den Tarif einem Ausschusse zur Vorbereitung zu überweisen. Nach kurzer Debatte wird die Tarif-Vorlage unverändert angenommen.

In der Burgstraße, nördlich der Königstraße, kann die Kanalisation wegen eines unter dem ganzen Straßendammbau vor dem ehemaligen Postgebäude, Burgstraße 7, befindlichen Kellers nicht verlegt werden. Da verschiedene Grundstücke der Kleinen Burgstraße vor Beseitigung dieses, bis zur Straße sich hinziehenden Kellers nicht entwässert werden können, stellt sich dessen Erwerb als eine Nothwendigkeit heraus. In Folge dessen ist der Magistrat mit dem Justizrat Winterfeldt, als dem Bevollmächtigten der Eigentümer, in Unterhandlung getreten. Derselbe hat sich bereit erklärt, den gedachten Keller gegen eine Entschädigung von 10 000 Mk. herzugeben. — Auf Antrag des Stadtdr. Weich II. beschließt die Versammlung, die Vorlage abzulehnen und den Magistrat zu ersuchen, das Enteignungsverfahren einzuleiten.

Sodann erklärt sich die Versammlung damit einverstanden, daß die städtische Park- und Gartendeputation die Unterhaltung der im Ausstellungspark befindlichen Wege und Gartenanlagen, wie in der bisherigen Weise, so auch für die nächsten vier Jahre, vom 1. April 1885 an, gegen eine vom königlichen Kultusministerium zu zahlende Entschädigung von 10 000 Mk. jährlich übernimmt.

Hierauf wird die Beschlußfähigkeit der Versammlung konstatirt und die weitere Berathung abgebrochen.

Schluß der Sitzung 8 1/2 Uhr. Derselben wohnten seitens des Magistrats bei: Oberbürgermeister von Forderbeck, Bürgermeister Dunder, Syndici Belle und Oberty, Stadtschulrath Dr. Bertram, Rämmerer Runge, Stadtschreiber Schreiner, Neubrand, Voigt, Löwe, Marggraf, Weise, Hulse, Wolff, Hagen, Krause, Kochmann, Stadthagen, Borchardt.

lokales.

Ein interessantes Treiben entwickelt sich auf den zahlreichen Feldern in der Nähe von Berlin, wo die städtische „Müllerei“, der „Müll“ abgeladen wird. Seit Einführung der Kanalisation ist die Müllfrage in ein ganz neues Stadium getreten, die meisten Müllbesitzer bewirken eine tägliche Abfuhr, und eine Anzahl Privatunternehmer und Gesellschaften sind stets bereit, ihre Wagen nach jedem gemischten Punkte zu senden, um die bekannten Eientasten entleeren zu lassen. Folgen wir beispielsweise einem solchen Fahrzeuge, das seine Fracht unweit Reinickendorf abladet. Aus dem aus der Ferne wüstenhaft erscheinenden Felde, welches von dem Eigentümer für diesen Zweck besonders bestimmt ist, bemerkt man eine Menge recht staubig aussehender Männer und Frauen eilig beschäftigt, den Müll zu untersuchen. Trotz der scheinbaren Regellosigkeit ist das Grundstück in bestimmte Gruppen getheilt, welche von den einzelnen Suchern gepachtet sind und in ihren Grenzen nicht überschritten werden dürfen. Jeder dieser Pächter zahlt an den Besitzer des Feldes täglich 1 Mk. und erwirbt dadurch die ausschließliche Berechtigung, den Müll zu durchstöbern. Trotzdem derselbe schon von jenen, den „Pächtern“ sehr verhasst, „Hof-Naturforschern“ untersucht worden, ist der Verdienst noch immerhin lohnend (?) und beträgt täglich mehrere Mark. Es spottet, wie die „Nat. Zig.“ schreibt, aller Beschreibung, was die Müllbuddler finden und entdecken, brauchbare Messer, Gabeln, Zeller, Gläser, Holz- und Eisenwaaren, künstliche Blumen, Tentenzäfer, Federhalter, Knöpfe, Nähutensilien, Kämme, Blumentöpfe, Strümpfe und Schuhe, Wäschestücke, Handtücher etc. Wenn es auch zu den Seltenheiten gehört, daß fünf hundert Markschweine, deren Eigentümer sich aber beiläufig später meldete, von einem Wagen aus der Georgenstraße mit abgeladen werden, so ist der Fund von silbernen Thee- und Glöckchen ein sehr häufiger. In einem Gold- und Silberwaaren-Geschäft in der Chausseestraße werden von wohl legitimirten und der Polizei als ehrlich bekannten Suchern fast täglich silberne Teller oder Teller derselben zum Kauf angeboten. Ein Hauptobjekt bilden natürlich „Lumpen, Knochen und Papier“; als Kuriosum möge noch erwähnt werden, daß jeder Müllbuddler nach beendeter Tagewerk auch ein Säckchen — Seite zusammengesucht hat.

Von den Parlaments-Stenographen. Wie unendlich mühsam und verantwortungsvoll ist doch die Aufgabe der Parlaments-Stenographen, deren hülles, unverdorrenes, emsiges Wissen so wenig Anerkennung, ja nicht einmal Beachtung findet. Am Fuße der Rednertribüne sitzend, aber ihr Ault gebückt, folgen sie mit gespanntester Aufmerksamkeit den Worten des Sprechenden, dürfen sich durch die größte Unruhe des Hauses, durch Weisheitsfäulnis und scharfes Fischen nicht im Geringsten verwirren lassen und mit galoppirendem Bleistift haben sie in Strichen und Punkten einen Satz bereits auf dem Papier fixirt, wenn kaum das letzte Wort verhallt ist. Alle zehn Minuten werden die beiden Stenographen, welche die Rede mitschreiben, von zwei anderen Kollegen abgelöst und sie

haben dann fünfzig Minuten, um das aufgenommene Stenogramm zu übertragen. Dann heißt es, die haarfein gespinnnen Bleistifte in der Hand, wider von Neuem auf Posten ziehen. So vorzüglich sind aber unsere Parlaments-Stenographen geschult, daß, wenn die Sitzung z. B. um fünf Uhr Nachmittags geschlossen wird, schon um sechs der bis auf jeden Gedankenstich exakte, übertragene Bericht vorliegt. Die strenge Korrektheit ist natürlich das erste Erforderniß für die Meister der Kurzschrift, welche die Reden mit der größten Gewissenhaftigkeit wiedergeben müssen und denen ein Fehler sehr theuer zu stehen kommen kann. Nur eine außerordentliche Kaltblütigkeit, eine unerschütterliche Selbstbeherrschung ermöglichen es den Stenographen, in aufstrebenden, sturmvolten Sitzungen mit derselben Genauigkeit ihr Pensum zu absolviren, wie bei der schließlichen dahinschleppenden Debatten. Es erschien dem „B.-B.-C.“ interessant, die Redner unserer parlamentarischen Körperschaften zu ermitteln, welche den Stenographen die geringsten Schwierigkeiten bereiten, und diejenigen, welche ihnen die härtesten Nüsse zu knacken geben. Im Abgeordnetenhaus sprechen am schnellsten Ludwig Löwe, Professor Adolph Wagner, v. Minnigerode, Schorlemer-Misk und v. Reger-Arnswalde. Am langsamsten spricht Windthorst, nämlich hundertundachtzig Silben in einer Minute. Reichensperger mit seinem pronominierten Rheinländerdialekt. Hänel, der die Stimme gegen Schluß der Sitzung ungeschehen klingen läßt, und Professor Virchow, der mit gleichmäßiger Tonlosigkeit spricht, sind Redner, deren Erscheinen auf der Tribüne unter den Stenographen nicht weniger als freudige Sensation hervorzurufen pflegt. Bei den Stenographen am beliebtesten dagegen sind Richter, Stöcker und Stroffer. Im Reichstage sprechen am schnellsten Löwe, Bamberger, Boermann, Bebel, Grillenberg, v. Kleist-Negow. Während aber die Herren vom Stenographenpult Bebel's Reden gerne mitschreiben, bereitet ihnen Bamberger's Organ manche heiße Stunde. Die Redner endlich, die im Herrenhause am schnellsten sprechen, sind Kleist-Negow und „König“ Stumm.

g. Der Kampf mit Duenes und Eisenbeinkeln, welcher vier Abende hindurch in den Oratwiel'schen Bierhallen auf dem grünen Tuche mit Ausdauer geführt, ist beendet. Der letzte Abend des Billardturniers zwischen Beyraud-Rudolphe und Franz Eisler hatte den großen Vereinsaal bis auf den letzten Platz gefüllt. Eisler nahm seine ganze Kraft zusammen, denn er stand beim Beginn des Spiels auf 1682 Points, während Beyraud bereits 2200 Points markierte. Eisler machte am letzten Abend nicht weniger als 806 Points, mehr also als Beyraud. Aber was half's, er kämpfte für eine verlorene Sache. Um 1/2 11 Uhr machte Beyraud den 3000. Ball und erntete damit ein donnerndes Bravo! Eisler konnte trotz seines meisterhaften Spiels, welches allseitige Anerkennung fand, nur 2484 Points verzeichnen. Die gespannte Aufmerksamkeit der Zuschauer wurde durch einen Zwischenfall unterbrochen, welcher eine große anhaltende Heiterkeit hervorrief. Mitten im Spiel war von den Billardprofessoren Kremsler und Kaufmann ein Telegramm an Beyraud eingelaufen, in welchem die beiden Benannten dem Beyraud zu seinem virtuosen Spiel gratulirten. Dieses Telegramm wurde von einem Herrn laut verlesen. Kurz darauf kam Beyraud zum Stoß und — lag den Ball aus. Zu bemerken ist noch, daß auch das zarte Geschlecht in der Person einer schönen Französin am vierten Abend des Billardturniers vertreten war. Der nachfolgende Spielrapport illustriert das Spiel des Abends. Es machten: Beyraud: 46, 30, 0, 0, 25, 0, 162, 0, 88, 4, 5, 0, 11, 4, 9, 0, 5, 15, 90, 38, 31, 114, 0, 140 = 800 Points, (dazu die 2200 Points der Vorabende, ergibt 3000 Points); Eisler: 84, 23, 38, 8, 53, 59, 93, 113, 77, 155, 3, 18, 0, 18, 0, 3, 2, 12, 39, 6, 4, 4, 0 = 806 Points (dazu die 1682 Points der Vorabende, ergibt 2488 Points).

a. Wegen bedeutender Diebstähle und gewerdmäßiger Hehlerei wurden gestern die beiden in dem Mannheimerischen Konfektionsgeschäft beschäftigt gewesenen Schneider D. und C. verhaftet. Der seit längerer Zeit von dem gedachten Geschäft mit der Anfertigung resp. Fertigstellung von Mänteln betraute Schneider D. hatte stets ungehinderten Zutritt zu den Lagerräumen des Geschäfts, woselbst er häufig fertige Mäntel zur Komplettierung (Warnierung etc.) erhielt, welche er mitzunehmen hatte. Er fügte nun undemerklich den ihm zugewiesenen Mänteln andere sehr werthvolle Mäntel, die in der Nähe lagen, hinzu und verpackte die entwendeten Mäntel so geschickt hinter den ihm zugewiesenen Mänteln, daß jene bei der stets vor der Entfernungs des D. stattfindenden Kontrolle nicht bemerkt wurden. In dieser Weise hat D. fortgesetzt seit geraumer Zeit jedes Mal eine größere Anzahl von Umhängen (Mäntel, Mantillen etc.) entwendet und diese Waaren zu dem Schneider C. in der Neuen Königstraße gebracht, welchen er in dem M.'schen Geschäft kennen gelernt hatte. Der Schneider C. betrieb neben seinem Schneidergewerbe einen stotzen Exporthandel mit Damen-Mänteln und Umhängen, und er nahm dem D. stets ohne Weiteres die gestohlenen Waaren zu einem Preise ab, welcher höchstens den vierten Theil des realen Herstellungswertes der gestohlenen Mäntel ausmachte. Gestern wurde D. in dem Lagerraum des M.'schen Geschäfts in flagranti gefaßt,

ich hätte gern mit Dir geplaudert, um Dir zu erzählen, was ich weiß.“

„Die Lust zum Ausgehen ist mir vergangen, der Schred ist mir durch alle Glieder gefahren; sprich was weißt Du?“

„Ich weiß, mein theurer Freund, daß Rodenburg's Sohn, jener D'Brian, nach welchem Du damals forschtest, der Verschwindene . . .“

„Nun ja, ja, ich weiß — weiter.“

„Der bei Madras Gefallene . . .“

„Was ist's mit dem?“

„Er ist eben nicht bei Madras gefallen, er ist überhaupt nicht todt.“

„Nicht todt? . . . Wir haben die Beweise, daß er todt ist; ja man hat seinen Leichnam gefunden, seine Brieftasche, seine sonstigen Effekten; Alles ist im Besitz des alten Rodenburg; die untrüglichen Beweise, daß er todt ist.“

„Und ich habe noch untrüglichere Beweise, daß er lebt, denn ich habe ihn gesehen, mit ihm gesprochen.“

Amberg starrte den Sprecher eine Weile an; dann sank er langsam auf einen Stuhl zurück, und blieb so mit weit aufgerissenen Augen und offenem Munde sitzen. Er wagte nicht zu fragen und fand keine Worte des Widerspruchs.

Sansleben weidete sich eine Zeit lang an seinem Schreden, dann nahm er gemächlich auf einem andern Stuhle seinem Freunde gegenüber Platz.

„Du erlaubst, daß ich mich setze? Oder wünschst Du, die Stunden anders zu benutzen? In dem Falle will ich mich entfernen; ich will nicht aufdringlich sein, mein Freund.“

„Spanne mich nicht auf die Folter. Sprich, willst Du mich absichtlich täuschen? Findest Du ein grausames Behagen daran, mich zu erschrecken?“

Nicodemus schüttelte langsam und bedächtig den Kopf. (Fortsetzung folgt.)

als er 9 Mäntel im Werthe von über 300 M. entwendete und sich damit entfernen wollte. D. räunte die fortgesetzt von ihm verübten Diebstähle ein und bezeichnete den S. als den Abnehmer dieser Waaren. Eine sofort bei S. vorgenommene Hausdurchsuchung führte zu der Feststellung, daß dieser nicht nur von dem D., sondern auch noch von anderen in demselben Konfektionsgeschäft beschäftigten Schneidern für das von ihm betriebene Exportgeschäft Mäntel und sonstige Damen-Konfektionsartikel bezogen und diese Waaren fast durchweg für die Hälfte des realen Werthes an auswärtige Abnehmer weiter verkauft hat. In der S.'schen Wohnung sind die daselbst vorgefundenen Waarenvorräthe vorläufig beschlagnahmt worden.

a. Ein dreister Schwindler. In einem in der Nähe des Dönhofsplatzes belegenen Hausflur bemerkte ein Laufbursche einen jungen Mann, welcher gewaschene aber nicht geplättete Wäsche vor sich ausgebreitet hatte und dieselben zählte und ordnete. Der Laufbursche machte von dieser Beobachtung einem Schutzmann sofort Mittheilung, der den jungen Mann in dem bezeichneten Hausflur noch antraf, als er die Wäschestücke in zwei Bündeln verpackte. Der Beamte stiftete die Verdächtigen zur nächsten Polizeiwache, woselbst dieser sich als den Sohn der in der Alten Jakobstraße wohnenden Frau Richter ausgab, welche ihn beauftragt hätte, die Wäsche zur Blätterin zu bringen. Da er aber den Wäschezettel mitzunehmen vergessene, so hätte er in dem Hausflur die Wäsche gezählt und sich ein Verzeichniß derselben angefertigt. Obwohl diese Angabe nicht unglauwürdig erschien, wurde die angebliche Mutter, Frau Richter, zur Wache geholt. Diese vermochte den Festgenommenen als ihren Sohn nicht zu rekonstruieren, sie kannte denselben überhaupt nicht und stand zu den Wäschestücken in gar keiner Beziehung. Nunmehr gab der Bursche seinen richtigen Namen, Mayer, an, und er räumte ein, die Wäschestücke von einem Boden eines Hauses in der Taubenstraße gestohlen zu haben. Mayer ist gestern zur Untersuchungshaft gebracht worden, und die Eigentümerin der Wäsche ist inzwischen auch ermittelt und ihr die Wäsche wieder zugestellt worden.

a. Das Messer! Der Heilgehilfe und Hauseigentümer A. in der Alexandrinenstraße hat gestern Vormittag seine Ehefrau lebensgefährlich verletzt. A. befindet sich mit seiner bei ihm wohnenden Ehefrau im Ehescheidungsprozess, und vorgestern wurde in erster Instanz die Ehe getrennt. Gestern Vormittag gerieth A. mit seiner Frau, die in den nächsten Tagen eine andere Wohnung beziehen wollte, in der Küche in Streit und stieß ein großes Küchenmesser in den Unterleib der Frau, welche sofort bewußtlos zusammensank. Die lebensgefährlich Verletzte wurde nach einer Privatambulanz geschafft. Von der Festnahme des A. wurde mit Rücksicht auf seine feste Wohnung Abstand genommen. Der letztere Umstand erscheint uns bemerkenswerth, man nimmt doch sonst Leute wegen viel geringfügiger Vergehen in Untersuchungshaft.

a. Eine Explosion fand vorgestern Nachmittag gegen 4 Uhr in der Gold- und Silberwaarenfabrik in der Kronenstr. 28 im rechten Seitenschlag 1 Tr. statt. Eine zur Zubereitung von Sauerstoff dienende Retorte wurde mit chlorsaurem Kali und anderen zur Herstellung des Sauerstoffes bestimmten Ingredienzien gefüllt und sodann über einer Gasflamme erhitzt, während die entstehenden Dämpfe in einen luftdichten Schlauch stiegen. Plötzlich platzte die Retorte, und eine so heftige Explosion fand statt, daß die in dem Raume befindlichen Gegenstände größtentheils zertrümmert wurden. Dagegen sind zwei daselbst beschäftigt gewesene Arbeiter nur leicht am Halse resp. an einem Finger verletzt worden.

Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich gestern Vormittag auf dem Sektiner Güterbahnhof. Beim Rangieren eines Güterzuges gerieth der Arbeiter A. anscheinend durch eigene Unvorsichtigkeit dazwischen die Buffer zweier in Bewegung befindlicher Lowrys, daß ihm Brust und Arme fast vollständig jermalmet wurden. Bewußtlos wurde der Verunglückte unter den Wagen herangezogen und nach dem Lazaruskrankenhaus geschafft, woselbst er bereits im Laufe des Vormittags den erlittenen schweren Verletzungen erlegen ist.

N. Die Leiche eines Ertrunkenen, der mit einem der Opfer des Eisports identisch zu sein scheint, wurde gestern Vormittag 11 Uhr an der Schöneberger Brücke aus dem Landwehrkanal gezogen. Die Leiche, die schon längere Zeit im Wasser gelegen haben muß, war bereits so weit in Verwesung übergegangen, daß eine genaue Rekonstruktion wohl kaum noch möglich sein dürfte. Auf polizeiliche Anordnung wurde die Leiche nach der Morgue geschafft.

Gerichts-Zeitung.

Wegen Ueberbürdung. An zwei Krücken gehend und von zwei Männern gestützt, nahm gestern der Weichensteller Polenz an der Anlagebahn Platz, um sich vor der ersten Strafkammer am Landgericht II. wegen Gefährdung eines Eisenbahntransports zu verantworten. Der Angeklagte war an der Kreuzung der Böttcher Bahn mit der Berliner Ringbahn (zwischen Rixdorf und Trepow) angestellt. Am 29. August v. J. engliefte an dieser Stelle ein Zug, außer dem Tender wurden mehrere Wagen aus den Schienen gerissen und beschädigt. Die Beweisaufnahme ergab mit ziemlicher Sicherheit, daß der Angeklagte eine Weiche nicht gestellt und damit das Unglück verschuldet hatte; sie ergab aber auch, daß der Angeklagte so sehr mit allerlei Funktionen überbürdet war, daß der Gerichtshof die Milderkeit der erkannten Strafe — eine Woche Gefängniß — ausdrücklich mit der „thatsächlichen Ueberbürdung“ motivirte. Der Verurtheilte ist seit jenem Unfall durch Gicht und Rheumatismus zum vollständigen Krüppel geworden.

Zwei gegen den Postkassier resp. gegen die diensthabenden Beamten verübte Diebstähle gelangten gestern in der Verhandlung gegen den früheren Postkassierboten Carl Adolph Emil Kretschke zur Kenntniß und Prüfung der ersten Strafkammer hiesigen Landgerichts I. Der noch sehr jugendliche Angeklagte wurde am 19. Januar cr. auf dem Postamt in der Krausenstraße dabel abgefaßt, als er von einem Zahlbreit einen fünfzigmarkigen elastomirte. Der Postkassierbotenschule hatte nämlich behufs Uebergabe der Kasse an seinen ihn abblühenden Kollegen die verschiedenen Geldsorten übersichtlich aufgestellt und hatte, auf seinen Ablöser wartend, dem Zahlbreit auf wenige Augenblicke den Rücken gelehrt. Diese kurze Zeit hatte der Angeklagte zu dem Diebstahl benützt. Als dann räumte der abgefaßte Verbrecher ein, am 29. Dezember pr. in gleicher Weise auf dem Postamt 41 dem Postsekretär Hartung vom Bahldrett 5 Zwanzigmarkstücke entwendet zu haben. Der Angeklagte entschuldigt seine ehrlosen Thaten mit dem Druide, unter welchem er sich durch seine Schulden begeben habe. Die 100 M. seien auch zur Bezahlung derselben benützt worden. Der Gerichtshof verurtheilte den Angeklagten nach dem Antrage des Staatsanwalts zu vier Monaten Gefängniß.

— y. Weil er gerne heirathen wollte. Präsident der 27. Abtheilung des Schöffengerichts zum Angeklagten, dem Schuhmachergesellen Joseph Dubowitz: „Angeklagter, Sie sind zwar noch nicht beirathet, aber was Ihnen zur Last gelegt wird, ist eigentlich recht arg. Sie haben Ihrem Schlafkollegen, dem Schuhmachergesellen Paul seine ganzen Ersparnisse in Höhe von 220 M. gestohlen, das räumen Sie ein, nicht wahr?“ Angekl.: Jawohl, aber ich gedente ihm das Geld wieder zu geben, wenn ich bereinst mein Erbtheil ausbezahlt erhalte. Prä.: So, das sind für den Bestohlenen ja nette Aussichten. Nun sagen Sie mal, was hat Sie zu diesem perfiden Streich veranlaßt? Angekl.: Weil ich gerne heirathen wollte. Prä.: Was? Sie wollen heirathen und stehlen sich die Mittel dazu?

Das ist mir auch noch nicht gekommen. Haben Sie denn geheiratet? Angekl.: Jawohl. Prä.: Wann? Angekl.: Vor ungefähr 14 Tagen. Prä.: Nun da werden Sie wohl Ihre Fittlerwunden in Pöbgensee zubringen müssen. Und so kam es. Der junge Ehemann, dem der Präsident vorhielt, daß er keine Spur von Scham im Leibe habe, weil er sich auf so ungewöhnlichem und strafbarem Wege die Mittel zu seiner Hochzeit verschafft, soll auf 3 Monate ins Gefängniß wandern.

— Vor dem Schwurgericht zu Ratibor gelangte dieser Tage ein Prozeß gegen eine Bande von Zigeunern zur Verhandlung, welche sich mehrfachen, mit enormer Frechheit ausgeführten Straßenraubes schuldig gemacht hatten. Die Angeklagten heißen Josef Burianski, Anton Krause, Josef und Franz Pawlowski. Sie hatten es hauptsächlich auf des Abends aus ihrer Arbeit heimkehrende Arbeiter abgesehen. Am 4. Oktober v. J. haben sie in 11 Fällen in der Gegend von Kieferstädtel und Püchowitz und zum Theil an der Gleitwitz-Hybnitzer Chaussee unter Anwendung von Gewalt, und während sie Waffen, nämlich Messer und Äxte bei sich führten, mehreren vorbeispassierenden Personen gestohlene Sachen weggenommen. In der Hauptverhandlung gestanden sie nur einen geringen Theil der inkriminirten Handlungen zu. Josef Pawlowski will überhaupt nicht am genannten Tage in Gesellschaft der anderen Angeklagten gewesen sein, vielmehr im Zigeunerlager bei Kriewald krank gelegen haben. Die als Zeugen geladenen Beraubten bekundeten sämmtlich, daß sie an jenem Tage — es war ein Sonnabend — ihr Wochenlohn in Beträgen bis 18 M. und Mundvorräthe bei sich gehabt hätten. Sie hatten den Weg theils einzeln, theils in Trupps bis zu fünf Personen angetreten, und sind so von dem am Wege lagernden Zigeunern überfallen, mit Säcken, Messern etc. gekidnappt, ihrer Habe beraubt und demnächst laufen gelassen worden, während sich die Räuber immer wieder von neuem auf arglos nachfolgende Trupps warfen. Theilweise sind die Räuber auf energische Gegenwehr gestoßen. Der größte Theil der Angefallenen hat mehr oder weniger bedeutende Stiche- und Schnittwunden, welche die Behandlung im Krankenhaus erfordert haben, davon getragen. Ueber das Resultat der Verhandlung berichtet der „Oberschles. Anz.“: Der Vertreter der Staatsanwaltschaft plaidirte auf Befragung der sämmtlichen Schuldfragen und Verneinung der Fragen nach dem Vorhandensein mildernder Umstände. Die vier Vertheidiger sprachen sämmtlich zu Gunsten der Jubiligung mildernder Umstände, welche namentlich in dem so niedrigen Bildungsgrade der Angeklagten, als Zigeuner, liege. Die Geschworenen zogen sich zurück und beriethe 3 1/2 Stunden. Das Verdikt lautete auf Befragung der Schuldfrage und Verneinung der Frage nach dem Vorhandensein mildernder Umstände: gegen Joseph Burianski wegen Straßenraubes und Körperverletzung in 9 Fällen, gegen Anton Krause wegen Straßenraubes und Körperverletzung in 7 Fällen, gegen Josef Pawlowski wegen Straßenraubes und Körperverletzung in 7 Fällen, gegen Franz Pawlowski wegen Straßenraubes und Körperverletzung in 8 Fällen, im übrigen aber auf Nichtschuldig. Die königliche Staatsanwaltschaft beantragte, indem sie für jeden Fall als Einzelstrafe 8 Jahre Zuchthaus einzulegen bittet, gegen alle 4 Angeklagten auf eine Gesamtsstrafe von 15 Jahren Zuchthaus, 10 Jahren Ehrverlust und Zulässigkeit von Polizeiaufsicht zu erkennen. Von Seiten der Vertheidigung wird nichts mehr angeführt. Der Gerichtshof erkannte gegen Joseph Burianski auf 15 Jahre Zuchthaus, gegen Anton Krause auf 14 Jahre 6 Monate Zuchthaus, gegen Josef Pawlowski auf 14 Jahre 3 Monate Zuchthaus, gegen Franz Pawlowski auf 14 Jahre 9 Monate Zuchthaus und Ehrverlust auf je 10 Jahre und Zulässigkeit von Polizeiaufsicht.

In dem Prozeß Janssens und Genossen, welcher am 2. L. M. vor dem Reichsgerichtshof zu Leipzig beginnen soll, wird während der ganzen Dauer der Verhandlungen die Defensivität auszuwirken werden. Nur der Tenor der Entscheidung wird öffentlich publizirt werden. Die Verhandlungen, zu denen zahlreiche Zeugen, namentlich auch viele Militärpersonen geladen sind, werden etwa vier bis fünf Tage in Anspruch nehmen. Es handelt sich in diesem Hochvertraß-Prozeß um die seitens des Angeklagten angestellten Versuche, durch Bestechung preussischer Militärpersonen Kenntniß von sekretären Organisationen der Armee, und zwar zunächst in Bezug auf den Mobilisationsplan des achten Armeekorps zu erlangen. Diese Spionage soll, wie mit Bestimmtheit verlautet, ihre Veranlassung in Frankreich gehabt haben.

Soziales und Arbeiterbewegung.

Die unsinnigen Verschwendungen der römischen Plutokraten sind allen unseren Lesern in der Schule zur Genüge geschildert worden. Ueber den Luxus im Alterthum entsetzt man sich, aber den vielleicht noch schlimmeren Luxus in der Gegenwart reht man mit großer Gemüthsruhe hinweg. Oder stehen folgende Mittheilungen über die Ausgaben der Cszerhazy's, der ungarischen Magnatenfamilie, etwa hinter den fabelhaftesten Verätheln aus der römischen Kaiserzeit zurück? Ein Cszerhazy ließ für viele Hunderttausende ein Theater erbauen, welches bloß für eine einzige Vorstellung bestimmt war, ein Anderer legte auf dem Dache seines Stammschlosses zu Cszerhazy einen Fischteich an. Bekannt ist, daß ein Cszerhazy in Paris ein auf 500,000 (?) Francs bewerktes Pferd niederstieß und sofort bezahlte, bloß weil der Eigentümer meinte, es sei zu theuer für einen ungarischen Magnaten, eben so, daß derselbe Fürst seine Jagdhunde in einem Hotel in Champagne baden ließ, weil dort einige Kavaliere Champagner tranken und davon zu viel Aufhebens machten. Der jetzige Graf Tassilo Festetics weicht von seiner Väter Tradition nicht ab. Ganz gering angeschlagen, besaß er die Werth der Güter, welche Graf Tassilo Festetics von seinem Vater erbte, auf dreißig Millionen Gulden und sein jährliches Einkommen beträgt 1 1/2 Millionen Gulden. Graf Tassilo Festetics verfügt erst seit einem Jahre frei über dieses ungeheure Vermögen und schon beginnt man die Tage zu zählen, da er unter Kuratel gelangen wird. Er baut in Reszbühl ein Schloss; daselbst hat bereits die Summe von drei Millionen Gulden verschlungen und ist kaum bis zur Hälfte fertig. Sein Postamt ist nicht weniger glänzend, als der eines kleinen Fürsten, und auf allen ungarischen Bahnen hat er einen eigenen, fürstlich eingerichteten Salonwagen stehen. Zu den Jagden, welche er abhält, drängt sich die höchste Aristokratie, in seinen Gärten sind die edelsten Hirsche vertreten. Nun, Graf Festetics lebt wie ein Mann, welcher nicht bloß 1 1/2, sondern mindestens 10 Millionen jährlich zu verzehren hat. Wie bequem sich seine Gattin, eine geborene Herzogin von Hamilton, das Leben eingerichtet hat, davon mag das folgende Zeugniß geben: Wo immer die Gräfin wollen mag, sei es in Paris, in London, in Budapest oder auf den Gütern in der Somogy, alltäglich wird für sie von Wien aus ein Faß mit Hochweilwasser abgeschickt, da ihr dies Wasser am besten behagt.

Wachsende Arbeitslosigkeit auch in Belgien. Aus Brüssel, 25. Februar, schreibt man: Die Arbeiterverhältnisse im Lande nehmen eine bedrohliche Gestalt an. Der Streik der Kohlenarbeiter, welcher zuerst bei Mons zum Austrag gekommen, hat sich über das ganze Bassin von Borinage ausgebreitet; mehr als 7000 Arbeiter feiern, um eine Lohnherabsetzung herbeizuführen. Die Lage dieser Arbeiter ist allerdings trübe genug, die anhaltende Krisis in der Kohlenindustrie hatte die Werke gezwungen, die Löhne herabzusetzen; von 2 Frs. 75 Ctm. per Tag sind sie auf 2 Frs., an einzelnen Stellen auf 1 Frs. 50 Ctm. (1 Marl 20 Pf.) gesunken. Ein Hauptagitor in diesem Streik ist der aus dem Anginer Streik bekannte Fauvauz, der, in Folge

desselben aus Frankreich vertrieben, sich in Wasmes, im belgischen Kohlenrevier, niedergelassen hat und jetzt eine sehr thätige Thätigkeit entwickelt. In dem Hauptorte, Cumès, wie in den Dörfern veranstaltet er zahlreiche Versammlungen, in denen den Arbeitern ihr Elend vor Augen führt, ihre Ausbeutung durch die Bergwerksbesitzer darlegt und sie „zur Einigkeit damit zum sicheren Siege“ auffordert. Auf dem Plage von Cumès hatten sich gestern 1000 Arbeiter versammelt, die unter Fauvauz Führung die Fortdauer des Streiks und seine Ausbreitung in den beiden anderen Kohlen-Bezirken des Landes im Bassin von Charleroi und des Centre beschlossen. In La Trai fürchtet man auch hier das Ausbrechen des Streiks; Bassin von Charleroi hat die Arbeits einstellen bereits gestattet. In der Hauptstadt selbst gibt es unter den schätungslosen Arbeitern keinen. Zwar hat die liberale Presse zu ihren Gunsten schon 45000 Frs. gesammelt, aber die allgemeine Krisis drückt zu sehr auf die gesamten materiellen Verhältnisse, und so fehlt es durchweg, um die Lage der Arbeiter zu bessern, an Arbeit. — Täuschen nicht alle Anzeichen gehen wir wiederum einer allgemeinen europäischen Krisis entgegen.

Zum Pariser Nothstand. Herr Michelin und drei Kollegen haben im Pariser Gemeinderath einen Antrag eingebracht, der dahin geht, das Parlament aufzufordern, daß durch ein besonderes Gesetz den Friedensrichtern das Recht theile, während der Dauer der Handels- und industriellen Krise den Geschäftsleuten, Handwerklern und Arbeitern, außer Stande sind, ihren Rechtszins zu bezahlen, zu stellen nach zu lassen. Die Ueber dieses Antrages hat sich zur Befräftigung ihrer Theile auf die Art. 1769 und 1770 des bürgerlichen Gesetzbuchs, welche ihrer Ansicht nach für die Bäcker und Bauern das thun, was sie für die Geschäftsleute und Handwerker geschehen wissen möchten. Sie berufen sich auch auf einen Präzedenzfall: die Regierung habe im Jahre 1871, gestützt auf die eben erwähnten zwei Artikel, ein Gesetz eingebracht, das die Friedensrichter ermächtigte, den Rechtszins der Hauptstadt den Zins ganz oder theilweise nachzulassen.

Rückgang der Tuchindustrie in Schwiebus. Ueberhandnahme des Verbrauchs von gemauerten Stoffen bei der glatten Tuche zur Bekleidung hat in den alten Schwiebus Tuchindustrie, soweit sie nicht zur Stofffabrikation übergegangen ist, eine schwere Schädigung des Geschäftsbetriebes herbeigeführt. In Schwiebus werden in den meisten Fabriken die Hälfte der, ja sogar drei Viertel der Arbeiter entlassen. Die Fabrik wird sogar bis auf Weiteres ganz geschlossen. Die Inschrift an die „Frank. Post“ wird die Befragten mitgetheilt, daß Schwiebus ganz aufhöre, Tuchfabrikation zu betreiben, wenn sich die Fabrikanten nicht entschließen, zu einem neuen Fabrikanten überzugehen oder neue Abgabquellen zu erschließen. Auf das Letztere ist nicht zu rechnen, vielmehr gehen mehr Länder für den Tuchhandel verloren.

Belfort bei Oldenburg, 24. Februar. Trotz aller herragender Bauthätigkeit ist hier an kleineren Wohnungen immer recht großer Mangel. Nun sollen, nach Vorarbeiten, oben herab, die Oberwohnungen der Werthhäuser ja nicht nur Familien vermietet werden und so sehr man auch in sanitärer Beziehung mit dieser Maßregel einverstanden sein kann, so muß man doch bei jetziger Wohnungsnoth fragen: Wo sollen die Familien hin? Sind dieselben auch im Winter bei einem Lohne von M. 2.10 im Winter und M. 3.00 im Sommer wie ihn hier ja zahlreiche Familienväter haben, eine Wohnung für mindestens 45—60 Thaler bezahlen zu können. Wir müssen entschieden mit Nein! antworten — Bei so viel betonten Arbeiterfreundlichkeit und Fürsorge für die Wohl der Arbeiter, sollte man doch erwarten, daß man in eine Linie von oben herab Fürsorge treffen würde für Bekleidungs- und Arbeiterfamilienwohnungen, und nicht wie das jetzt geschieht, den Familienvätern einfach kündigen, und schließlich bei dem absoluten Mangel an passenden Wohnungen die Arbeiterfamilien auf die Straße werfen. Wenn man dafür sich daß der Arbeiter ein gutes und billiges Heim bekommen könnte, damit er nicht, wie dies jetzt häufig der Fall ist, seine Erholung nur auf das Wirthshausleben angewiesen würde man sich jedenfalls mehr Sympathien erwerben würde eher den Glauben an die Arbeiterfreundlichkeit der Regierung stärken, als durch Anstellung von besonderen Beamten zur Aufsichtsführung der politischen Gesinnung der Arbeiter.

Leipzig, 24. Februar. Der Fachverein der Schneider und verwandten Berufsgenossen für Leipzig und Umgegend hat zum Zentralverband der Schneider und verwandten Berufsgenossen Deutschlands. Trotz aller Bemühungen der Zentralverband, diesen Beschluß auszuführen, da die Zentralbehörde ihre Genehmigung verweigert, auf Grund des 2. Artikels des sächsischen Vereinsgesetzes, welcher lautet: „Der Zentralverband hat sich auf öffentliche Angelegenheiten beschränkt, während die Zweigevereine bilden und sich mit anderen Vereinen in Verbindung setzen, wenn sie das Recht der Abwehr haben.“ Somit ist es entschieden, daß wir in Sachsen mit dem besten Willen und dem Zentralverbande nicht anschließen können und fern bleiben müssen. Jedoch gewähren wir jedem gewerkschaftlichen Fachvereins-Kollegen Unterstützung.

Dublin, 23. Februar. Streik. Sämmtliche Dock- und Quai-Arbeiter des hiesigen Hafens streiken zur Zeit in Folge der Verweigerung einer Lohnherabsetzung von 6 auf 8 Schilling pro Tag. Die Zahl der Streikenden beläuft sich auf etwa 2000 Mann. Es liegen über 30 Schiffe im Hafen, zum größten Theil unentladen.

Liverpool, 23. Februar. Zwölf Arbeiter erkrankten durch die Kälte, welche an der Ausbesserung eines Pfeilers der North Bridge beschäftigt waren, erkrankten dadurch, daß sie Gerüst, auf dem sie arbeiteten, durch die Kälte in Stücke zerbrachen. Sieben Leichen sind bereits ausgegraben. Die meisten der Männer waren Familienväter und hinterließen Frau und Kinder im größten Elend.

Einwanderung in den Vereinigten Staaten. Gesamtzahl der im Jahre 1884 von ausländischen Ländern nach Newyork angekommenen Personen belief sich auf 335 622, von 330 030 nie vorher in Amerika waren. Seit Einigkeit der Einwanderungskommission, dem Jahre 1847, befristet die Einwanderung jährlich wie folgt:

Jahr	1847	1848	1849	1850	1851	1852	1853	1854	1855	1856	1857	1858	1859
Anzahl	129 062	187 176	220 603	212 796	289 601	300 992	284 945	319 223	136 223	142 352	183 773	78 589	79 822
Anzahl	1860	1861	1862	1863	1864	1865	1866	1867	1868	1869	1870	1871	1872
Anzahl	105 162	65 589	76 303	155 844	180 296	196 352	233 418	242 731	213 695	258 989	212 170	227 639	294 581

Im Jahre 1884 wurden 321 172 Zwischendeckspassagiere im Kanal Garden gelandet. Von dieser Zahl kamen 141 103 aus Deutschland, 39 966 aus Irland, 32 086 aus Italien, 16 722 aus Schweden, 9942 aus Norwegen, 14 076 aus Dänemark, 12 432 aus Rußland, 7237 aus der Schweiz, 7100 aus Belgien, 7093 aus Böhmen, 3029 aus den Niederlanden, 6000 aus Schottland, 3731 aus Oesterreich (ausschließlich Bayern und Ungarn), 1776 aus Wales, 3898 aus Frankreich, 963 aus Ungarn, 242 aus Luxemburg, 1971 aus Belgien, 1000 aus Spanien, 72 aus der Türkei und 3104 aus anderen Staaten. Während des letzten Jahres wurden 1141 Einwanderer von ihrer resp. Heimath zurückgeführt. — An diesen Zahlen ist besonders auffällig die ganz enorme Zahl der deutschen Einwanderer.

Eine Arbeiterwohnung.

Die Untersuchung der sozialen Verhältnisse in verschiedenen Industrien und Gegenden unserer modernen Staaten ist eine Lieblingsaufgabe unserer jüngeren Nationalökonom geworden. Un-er all den zahlreichen hierher gehörigen Arbeiten ist unbedingt mit in erster Linie zu nennen die soeben erschienene Schrift von Dr. J. Singer: Untersuchungen über die sozialen Zustände in den Fabrikbezirken des nordöstlichen Böhmen. Wir kommen auf diese Schrift noch ausführlich zurück, und begnügen uns für heute, eine darin enthaltene Schilderung eines Trautenaauer Arbeiterhauses mitzutheilen. Die entsetzlichen Wohnungsgräuel, die uns aus englischen Enquêtes bekannt sind, übertreffen die Zustände nicht, welche Dr. Singer vorfindet, als er in der Begleitung des Trautenaauer Polizeikommissärs und zweier anderer unterstellten Wachtleute einen nächtlichen Forschungsbesuch unternahm.

Dieser Besuch fand am 11. November 1883 nach 10 Uhr Abends statt, weil wir annehmen durften, daß wir zu dieser Zeit fast Alle daheim und schlafend antreffen würden. Wir fanden das Haus Thor unversperrt, wie in den meisten dieser Häuser, da sich in denselben etwas findet, was die Lüsterheit der Straße weckt. Durch das Haus Thor traten wir in ein mit Lehm belegte schmale Flur, in welcher das Vorzimmer durch die offenstehende Thür der rechts gelegenen Kuchentreppe geklemmt wurde. Schon in dieser Flur fühlte sich ein Athmen beengt durch die scharfen und ekelhaften Ausdünstungen des links gelegenen Abortes, der einzigen im ganzen Hause, das 63 Personen Unterkunft bietet. Und als wir nun erst durch die offenstehende Thür ins Zimmer traten, wurde ich von einer so ersten Uebelkeit befallen, daß ich für einige Minuten das Freie wieder aufsuchen mußte; denn die Dünste, von denen dieser Raum erfüllt war, wiesen als wahrhaft mephitisch (erstickend) bezeichnet werden. Das Zimmer von nur 15,2 Meter im Gevierte oder etwa 3 Meter breit und 5 Meter lang) enthielt ein mit gewöhnlichem Umfange, in welchem eine aus fünf Individuen (drei Erwachsenen und zwei kleinen Kindern) bestehende Familie gelagert war; die übrigen neun Personen beiderlei Geschlechts lagen Jung und Alt, dicht neben einander schlafend unmittelbar auf dem harten, selbst nicht mit Stroh belegten Estrich. Alle ruhten hier in ihren meist zerlumpten Kleidern, ohne den Schutz irgend einer noch so dürftigen Decke. Dem Kopfe dieser erbarungswürdigen Schläfer dienten einige Kleiderlappen, die und da bei Kindern selbst der Körper des Nachbarn als Unterlage. In der Mitte war von den daselbst Selagerten ein ganz schmaler, nur mühsam zu passirender Gang freigelassen, der zum zweiten verschlossenen Zimmer führte. Beim Eintritt in den soeben geschilderten ersten Raum vermischen wir ein Stöhnen in dieser Doppelreihe von Schlafenden, als ob jedem derselben ein Alp auf der Brust läge. Eine alte Frau, welche der Eingangstür zunächst gelagert war und die unser Eintreten gewacht hatte, gab mir auf meine Frage, weshalb die Thüre zur Flur offen stehe, die Antwort: „Weil wir sonst leicht bellemmt werden.“ In der ganzen Stube war nicht ein Schrank oder ein sonstiger Behälter, in welchem man auch nur die kleinste Habseligkeit hätte aufbewahren können, auch nicht ein Glas Wasser zum Labetrunk, keine Vorrichtung zum Waschen und Kämmen in der Morgenstunde, kein Spiegelglas, kurz nichts, was zu den einfachsten Bedarfsgegenständen selbst des Armersten zählt. Auf dem nicht geglätteten, aus ungelasirtem Thone konstruirten Ofen stand eine vergitterte Laterne, deren Talgkerze aber der Hausordnung gemäß schon seit 10 Uhr ausgelöscht war. Mein Führer, der Polizeikommissär, machte mich auf die Wände und den Fußboden aufmerksam, wo es von allerlei Ungeheuer wimmelte, und jezt leuchtete mir erst der volle Werth der Vorsicht ein, mit der er vor Antritt dieses Besuchs seine und meine Fußbekleidung mit Petroleum bestrichen ließ.

Durch den schmalen Gang, von welchem bereits die Rede war, gelangten wir in die zweite Stube, welche vor der ersten nur dadurch sich zu ihren Gunsten unterschied, daß sie bei ziemlich gleichem Raumverhältnisse nur 11 Personen beherbergte, welche, um ihre etwas bessere Luft nicht durch die nachbarliche verschlechterten zu lassen, die Thüre verschlossen hielten. Die beiden Parterrezimmer verlassend, gelangten wir wieder auf die Flur, an deren Ende eine Treppe in die oberen Räume, eine zweite hinab zum Keller führte. Gebückt schritten wir die sechzehn Holzstufen bis zum ersten Stockwerk hinan und fanden in den beiden Stuben, die von einander getrennt an der einen und der andern Seite des schmalen Ganges lagen, Bilder, die nicht minder peinerregend als jene waren, welche die Parterrezimmerungen darstellten.

In einem dieser Zimmer schliefen jedoch nicht Alle. In einer Ecke bemerkten wir ein Paar, das bei unserem Eintritt aufgeschreckt wurde. Ein junger, gut gekleideter Mann war hier zum Besuche bei einem Mädchen, welches, wie wir erfuhren, sich häufig in Gegenwart ihrer Eltern, ihrer Geschwister und der sonstigen Zimmergenossen und Bekannten zur Nachtzeit prostituiert.

Das Schrecklichste bot sich auf dem Dachbodenraume, der nicht etwa durch Verschläge oder sonstige Vorrichtungen in einen wohnlichen umgestaltet war. Hier konnte man nur in der Mitte stehen, weil zu beiden Seiten das Weibebdach schroff abfiel. Ein Theil der 14 Schlafenden lag über Länge nach so dicht am Rande des Bodens, als es der Raum zwischen letzterem und dem Dache nur irgend gestattete. Beim Öffnen der stark knarrenden Thüre wurde es in den Reihen der Schläfer lebendig. Einer derselben lag jäh empor und schlug seine bedenkliche Lagerung verwerfend, mit dem Kopfe so an das Dach, daß es dröhnte. Den Schmerzensrufen des Verletzten folgten Verwünschungen

und Flüche ob der nächtlichen Störung. Und als die Aermsten über den offiziellen Charakter des Besuchs durch die Anwesenheit des Polizeikommissärs sich klar zu sein vermeinten, erhob sich ein Bitten und Beschlagen: „Wir werden doch nicht ausgewiesen werden, jezt im Winter, wo wir uns anderwärts gar nichts verdienen können!“

Nun hörten wir Jemanden die hölzerne Treppe herauftappen, und herein durch die Thüre wandte ein verwahrlostes Individuum, welches den widerlichsten Fuselstank verbreitete und, durch den Anblick des Polizeikommissärs ein wenig ernüchtert, uns anholte. „Wollt ihr mich wieder mitnehmen?“ lachte der Trunkene den Amtspersonen zu. Als ihm mein Begleiter sagte, er möge nur ruhig schlafen gehen und nicht wieder sich so betrinken, warf er sich ohne Auswahl des Platzes zu Boden, unbekümmert um die Hornedrusse der durch seinen Fall unglücklich Betroffenen.

Im Kellertraume, der nichts weiter als eine feuchte, dumpfige Erdhöhle ist (1,85 Meter hoch), in der so wenig wie im Bodenraume ein Ofen sich befindet wird der peinliche Eindruck noch durch das Düstere der Räumlichkeit erhöht.

Als ich fast betäubt von den fürchterlichen Sinnes- und Seeleneindrücken wieder ins Freie getreten war und unwillkürlich in die Worte: „Entsetzlich, entsetzlich!“ ausbrach, sagte mein Begleiter: „Das war noch nicht das Aergste, was hier zu sehen ist. Ich habe Entsetzlicheres gesehen; denn während einer meiner Untersuchungen betrat ich eine Arbeiterstube, in welcher inmitten von 15 Stubengenossen eine Wöchnerin, ein Typhustranker und ein todttes Kind vor mir lagen.“ — In der That entsetzlich!

Politische Uebersicht.

Die Ein- und Durchfuhr von Schweinen aus Oesterreich-Ungarn ist jezt auch von der sächsischen Regierung verboten worden, und zwar „mit Rücksicht auf neuerliche Vorkommnisse und im Anschlusse an die von der kaiserlich preussischen Regierung verfügte gleiche Maßregel“. Für den kleinen Grenzverkehr bleibt jedoch den Bewohnern von sächsischen Grenzorten nachgelassen, zum Schlichten bestimmte Schweine aus böhmischen Grenzorten bis zu zwei Stück nach Sachsen einzuführen. — Was die von England auch über Schafe verhängte Sperre betrifft, so schreibt man der „Ost. Zig.“ aus Budjadingen in Oldenburg: Das englische Verbot der Einfuhr von Schafen aus Bremen und Hamburg hatte hier schon Besorgniß hervorgerufen, da wir mit unseren Schafen mehr oder weniger auf den englischen Markt angewiesen sind und zudem hier viele Schafe in Dutzabungen sind, man sich also auf die Jucht legte. Um so viel erfreulicher wirkt nun die Nachricht, daß das Verbot sich nur auf Hamburg und Bremen erstreckt, und Schiffe mit Schafen aus hannoverschen und oldenburgischen Häfen zugelassen werden. In diesen Tagen ist wenigstens ein Schiff mit Schafen aus dem Hafen Geestmünde abgegangen und nach einer telegraphischen Depesche ist dessen Ladung in England nicht beandstand worden.

Oesterreich-Ungarn.

Die österreichisch-ungarische Zollkonferenz hat, wie die „Polit. Korresp.“ meldet, zu voller Uebereinstimmung geführt. Den Anträgen Ungarns gemäß wurde die eventuelle Zollerhöhung auf Getreide, Mehl und Malz bis zur Piffer der in Deutschland dafür in Aussicht genommenen Erhöhung angenommen. Ebenso wurden die österreichischerseits beantragten Zollerhöhungen auf eine große Anzahl von Industrieartikeln, darunter Wolllwaren, akzeptirt. Die Erhöhung der Eisenzölle war nicht Gegenstand der Verhandlung.

Franreich.

In Paris fand eine Versammlung statt, die zu dem Zwecke einberufen war, eine Verständigung zwischen den Studenten, welche vor Kurzem beim Leichenbegängniß Vallés sich in chauvinistischen Unthaten ergingen und den Theilnehmern an diesem herbeizuführen. Die Versammlung verlief indeß so tumultuarisch, daß der beabsichtigte Zweck nicht erreicht wurde.

Das chauvinistische Geschrei dieser unreifen Jünglinge scheint indeß der Regierung gerade recht zu sein, denn nach einer neuen Meldung hat der Minister des Innern es nun doch für nöthig erachtet, die vier deutschen Sozialisten, welche in dem Leichenzuge Jules Vallés figurirten, auszuweisen. Wie der Minister des Innern im heutigen Kabinettsrathe mittheilte, hat die Polizei drei derselben verhaftet, während der vierte entkommen ist.

Nach statistischen Mittheilungen des „Temps“ werden in die Niederlagen von Shanghai im Allgemeinen jährlich eine Million Vikuls Reis (1 Vikul ist ungefähr 60 Kilogramm) eingeliefert, wovon 400 000 in den Provinzen der beiden Riang konsumirt werden, und der Rest nach dem Norden Chinas durch den Golf von Peshell exportirt wird. Nach den letzten Nachrichten befinden sich gegenwärtig 750 000 Vikuls Reis in Shanghai und man hatte bereits alle Vorkehrungen getroffen, um dieselben nach dem Norden zu verladen.

Großbritannien.

In beiden Häusern des englischen Parlaments jaunt man sich gegenwärtig um Tabak-Anträge gegen die Politik des Ministeriums Gladstone. Im Unterhause hat der konservative Herr Northcote einen diesbezüglichen lauwarmen Antrag gestellt und im Oberhause der Lord von Salisbury. Das Gezänk dauert nun schon mehrere Tage, ohne daß die eine oder andere Partei etwas Besonderes vorgebracht hätte. Im Unterhause geben die Feinde bei der Abstimmung den Ausschlag, an ihnen wird es liegen, ob der Tabak-Antrag angenommen oder verworfen wird. Sollte der Antrag zur Annahme gelangen, so dürfte das jetzige „Liberal“ Ministerium einem konservativen Platz machen. Für das Land wird dieser Wechsel ziemlich gleichgültig sein, da ein wesentlicher Unterschied zwischen beiden Parteien nur dem Namen nach vorhanden ist. Vorläufig ist die Debatte wieder vertagt worden.

Parlamentsberichte.

Serrenhaus.

7. Sitzung, vom 27. Februar, 11 Uhr.
Am Ministerisch v. Puttkamer, v. Scholz, Friedberg und Kommissarien.

In der Generaldiskussion über den Entwurf, betr. die Kündigung und Konversion der 4 1/2-proz. konsolidirten Staatsanleihe, mit welchem sich übrigens alle Redner einverstanden erklärten, wies v. Mirbach die Frage einer eventuellen wei-

teren Reduktion des Zinsfußes der Staatspapiere auf 3 1/2 pSt. auf und bittet den Finanzminister, die eventuelle Umwandlung der 4 1/2-proz. Prioritätsobligationen der verstaatlichten Bahnen in 3 1/2-proz. Konsols für eine nähere Zukunft in Erwägung zu nehmen.

Graf zur Lippe hält dafür, daß bei jeder Zinsreduktion mit der äußersten Vorsicht vorgegangen werden müsse, und bestreitet die Richtigkeit der vom Vordrner u. A. aufgestellten Behauptung, daß der größte Theil der konsolidirten Anleihe im Ausland platziert sei und eine Reduktion des Zinsfußes auf 3 1/2 pSt. unbedingt ertragen könne.

Camphausen: Das Heruntergehen des Zinsfußes ist eine nicht bloß in Deutschland, sondern in ganz Europa auftretende, von Leroy-Beaulieu längst in ihren Ursachen nachgewiesene Erscheinung; für Deutschland liegt diese Coeventualität noch ganz besonders in der auf lange hinaus durch die Politik der Kaiserreiche gewährleisteten Sicherung des europäischen Friedens. Unter gleichen Verhältnissen konnte der preussische Staat schon 1842 seinen Zinsfuß von 4 auf 3 1/2 pSt. herabsetzen. Heute wäre es zwar immerhin noch nicht angezeigt, ohne weiteres eine Reduktion auf 3 1/2 pSt. einzutreten zu lassen; aber schon eine sehr niedrig bemessene Konvertirungsprämie würde die Inhaber betrogen haben, das Papier zu 3 1/2 pSt. zu behalten. Die Vorlage macht den Staatsgläubigern dadurch, daß sie ihnen statt des baaren Geldes ein neues hochwerthiges Papier giebt, ein großes Geschenk; ein weiteres dadurch, daß die 4 1/2 pSt. Zinsen bis zum 30. September 1885 weiter gezahlt werden sollen. Zwingende Gründe lagen dazu in keiner Weise vor.

Finanzminister v. Scholz: Ich sehe die dauernde Herabsetzung des Zinsfußes nicht als so gefährlich an wie der Vordrner, halte vielmehr den gegenwärtig so niedrigen Zinsfuß für die Folge einer mehr vorübergehenden wirtschaftlichen Depression. Der Staat kann heute seinen Schuldzinsfuß nicht so ohne Bedenken auf 3 1/2 Prozent herabsetzen, wie es 1842 noch geschah; die Verhältnisse des Staates haben sich doch seitdem total geändert, der Betrag der Staatsschuld ist um das Vierfache gewachsen. Bei der Ermäßigung des Zinsfußes mußte mit der größten Vorsicht verfahren werden, um die Kapitalien im Inlande, in dessen Händen sie sich zum größten Theil befinden, zu behalten; allerdings ist die Regierung auch von besonderem Wohlwollen für die Staatsgläubiger bei ihren Kündigungs- und Konvertirungsvorschlägen geleitet worden.

Struckmann bekämpft im Wesentlichen aus denselben Gründen die Ausführungen Camphausens.

Graf Udo Stolberg spricht sich im Sinne der von Herrn v. Mirbach dem Finanzminister zur Erwägung unterbreiteten Anregung aus.

Camphausen erwidert dem Finanzminister, daß, wenn es 1842 bei etwa 100 Millionen Thalern Staatsschuld leicht gewesen sei, den Zinsfuß zu reduzieren, es nach seiner Auffassung beim Bestig von einigen Milliarden Mark Staatspapieren außerordentlich viel leichter sei. Kein Land in Europa könne mit größerer Berechtigung den Anspruch erheben, sich des besten Kredit zu erfreuen; selbst England müsse trotz seines größeren Kapitalbestandes dagegen zurückstehen.

Der Gesetzentwurf wird darauf einstimmig angenommen.

Ueber die Vorlage, betr. die Vertretung des Fiskus in bürgerlicher Rechtsstreitigkeiten der Justizverwaltung, berichtet namens der Justizkommission Graf zur Lippe.

Der im Abgeordnetenhaus unverändert angenommene Entwurf erklärt im § 1 den § 86 des Einführungsgesetzes zum deutschen Gerichtsverfassungsgesetz für aufgehoben; nach diesem Paragraphen wurde der Justizfiskus in Zivilprozessen durch die Bezirksregierungen vertreten. § 2 besagt:

„Die Anordnungen darüber, wie die Vertretung des Fiskus in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten, welche Angelegenheiten der Justizverwaltung betreffen, zu erfolgen hat, erläßt der Justizminister.“

Die Justizkommission empfiehlt mit 7 gegen 6 Stimmen letzteres dem Wege königlicher Verordnung zu überlassen, während Deuburg und Dehlschläger die Wiederherstellung der Vorlage beantragen. Der Standpunkt der Kommission, daß der Wortlaut des § 2 eine Einschränkung der königlichen Prärogative, einen Eingriff in die Organisationsbefugnisse der vollziehenden Gewalt enthalte, wird von den Antragstellern, sowie von Justizminister Friedberg als unzutreffend bekämpft und die Kommissionsfassung des § 2 mit großer Mehrheit abgelehnt; die Vorlage gelangt unverändert zur Annahme.

Es folgt die Berathung des Kommunalsteuer-Nothgesetzes (Antrag des Abg. v. Huene, vom Abgeordnetenhaus unverändert angenommen), über welchen die verfaßte Kommunalkommission durch ihren Referenten Böttcher (Magdeburg) schriftlichen Bericht erstattet hat. Die Kommission hat nun eine wesentliche Aenderung, nämlich die Streichung des § 10 (Vermeidung der Doppelbesteuerung) beschlossen, empfiehlt im Uebrigen einstimmig die Annahme der Vorlage.

v. Winterfeld wird mit seinen Freunden für die Vorlage stimmen; es komme ihnen vor Allem darauf an, einen recht eindringlichen Appell an die Regierung zu richten, daß die schreiende Ungleichheit beseitigt werde, welche den ländlichen Gemeinden der östlichen Provinzen das Besteuerungsrecht der Forenfen und juristischen Personen noch immer entziehe.

Becker (Düsseldorf) erkennt zwar an, daß die Vorlage durch Streichung des § 10 sich in verbesserter Form präsentire, hat aber auch gegen die verbesserte Vorlage die mannigfachen Bedenken.

Freiherr v. Durant de Ségas befürwortet die Annahme der Vorlage; schreiende Mißstände werden sie beseitigen und zahlreichen Gemeinden wieder aufhelfen, die sonst dem wirtschaftlichen Ruin verfallen müßten. Die Schwierigkeiten, auf welche die Annahme des Entwurfs stöße, lägen hauptsächlich bei der Regierung; diese aber werde sich im Interesse der nothleidenden Gemeinden gewiß auch ihrerseits entschließen, dem Entwurfe ihre Zustimmung zu geben.

v. Winter (Danzig): Ich bin ein Gegner der Vorlage, da ich nicht absehe, inwiefern sie den Gemeinden neue Einnahmequellen eröffnet. Die Verleihung des Besteuerungsrechtes der juristischen Personen an die Landgemeinden des Ostens hat doch nur einen dekorativen Zweck (Oho!), im Großen und Ganzen kommen doch bloß die wenigen in Frage, die eine Eisenbahnstation haben. Diejenigen aber, die schon städtischen Charakter tragen, sollten sich doch um die Städteordnung bemühen und dadurch neue Formen für die Befriedigung ihrer finanziellen Bedürfnisse zu finden suchen. Die Regierung hat ein umfassendes Gesetz auf breiterer Basis in Ausarbeitung; das wird uns weiterbringen als die Annahme dieser Vorlage, welche auch als Nothgesetz fruchtlos bleiben dürfte.

Brüning (Osnabrück) hofft, daß die beiden Vertreter der Städte, welche sich gegen die Vorlage ausgesprochen, nur einen vereinzelten Standpunkt im Hause einnehmen; die große

Reihzahl der Bürgermeister sei für die Annahme der Vorlage.

v. Dechend: Eine provisorische Regelung der Kommunalbesteuerung in dem beschränkten Umfang, wie der Antrag es will, scheint mir ohne die Initiative der Regierung ein völlig verfehltes Unternehmen; das Gesetz ist so voller Lücken, Mängel und Unklarheiten, daß ich dagegen stimmen muß. Dies ist namentlich in Bezug auf die Bestimmungen bezüglich der Besteuerung der Banken der Fall; hier kann man wirklich zweifelhaft werden, ob nach der Fassung des Entwurfs die Doppelbesteuerung nicht sowohl vermieden, als vielmehr erst eingeführt werden würde.

Graf v. d. Schulenburg-Beesen dorff empfiehlt die Annahme des Entwurfs und giebt der Hoffnung Ausdruck, daß die Regierung angefaßt der Wichtigkeit der Materie aus ihrer zuwartenden Stellung heraustreten werde.

Struckmann macht gegen den Präsidenten der Reichsbank, Herrn v. Dechend, geltend, daß die Vorwürfe gegen die Mängel des Entwurfs sich in erster Linie gegen die Staatsregierung richten, welche ihn im vorigen Jahre beim Landtag eingebracht habe; der Amendirung in jedem einzelnen Detailpunkte siehe doch nichts im Wege.

v. Dechend: Wenn es sich um eine Vorlage der Regierung handelt, würde ich das Gewicht dieser Entgegnungen anerkennen; die Regierung ist aber aus gewis sehr erheblichen Gründen von ihrer bisherigen Stellung zum Entwurf zurückgetreten und hat sich der Ausarbeitung einer umfassenden Vorlage gewidmet.

Bredt richtet an die Staatsregierung, die sich trotz der Verschiedenartigkeit der geäußerten Anschauungen noch immer schweigend verhalte, die dringende Bitte, über ihre Stellung zu den hauptsächlichsten hier in Betracht kommenden Fragen sich klar auszusprechen, damit das Dunkel, welches über der ganzen Verathung schwebt, sich wenigstens etwas lichte.

Sache (Eisen): Mir scheint die Art und Weise, wie dieser Entwurf an uns gelangt ist, dafür zu sprechen, daß bei den verschiedenen Parteien des Abgeordnetenhauses das Bedürfnis abgewandelt hat, sich ihren Wählern für die nächsten Wahlen zu empfehlen. Ich werde ebenfalls gegen ihn stimmen, bitte aber auch meinerseits die Regierung um eine Erklärung, daß die Vorlage in der jetzigen Form für sie unannehmbar ist.

Die Generaldiskussion wird hiernach geschlossen, und die Spezialdiskussion um 4 Uhr auf Sonnabend 11 Uhr vertagt.

Abgeordnetenhaus.

29. Sitzung vom 27. Februar 1885, 10 Uhr. Am Ministerisch v. Gögler und Kommissarien.

Die zweite Verathung des Kultus-Etats wird fortgesetzt.

Bei Kap. 120 (höhere Lehranstalten) richtet zunächst auf Anregung des Abg. Kropatschel der Präsident an das Haus das Ersuchen, gewisse sonst bei diesem Kapitel zur Sprache gebrachte Fragen erst bei Gelegenheit der auf dieselben bezüglichen zahlreichen Petitionen, wie solche besonders seitens der Lehrer der höheren Schulen vorliegen, zu erörtern.

Abg. Kropatschel bespricht sodann die durch Ueberfüllung namentlich der unteren Klassen der höheren Lehranstalten entstehenden Mißstände, denen man nur entweder durch Vermehrung der Zahl der Anstalten oder durch rechtzeitige Entfernung der unfähigsten Schüler von den Anstalten abhelfen könne. Redner betont sodann die Nothwendigkeit eines neuen Gymnasiums für den Westen Berlins und fragt, ob nicht wenigstens ein nächster Etat dies Bedürfnis befriedigen werden könne. Die Lokalitäten des hiesigen Friedrich-Wilhelms-Gymnasiums ferner seien bereits derart unzulänglich, daß ein Neubau dringend wünschenswert sei.

Abg. Bache m bringt die Frage der Ausdehnung des Rekrutengesetzes auf die städtischen Anstalten, speziell diejenigen in Köln, zur Sprache.

Geb. Rath Bohy bestreitet die Verpflichtung des Staats, seinerseits zu diesem Zwecke Zuschüsse zu geben.

Abg. v. Haugwitz: Schon im vorigen Jahre haben die königlichen Oberlehrer an den Oberrealschulen in Breslau, Bries und Gleiwitz um Ausdehnung des Rekrutengesetzes auf ihre Hinterbliebenen gebeten. Die Petitionen seien damals der Regierung einstimmig zur Berücksichtigung überwiesen worden; eine solche habe indessen bisher nicht stattgefunden und die Nothlage der Herren dauert noch fort. Die Regierung möge die Frage nochmals wohlwollend erwägen.

Abg. Schmidt (Stettin): Würde nach Ausdehnung des Rekrutengesetzes werden von den Lehrern zahlreicher höherer Schulen gewünscht; man müsse die Frage generell und nicht einseitig lokal, etwa nur für Köln oder Breslau, regeln. Den Nothstand hinsichtlich der Lokalitäten des Friedrich-Wilhelms-Gymnasiums erkennt Redner an; es falle das umso mehr in die Augen, wenn man das Gebäude mit den städtischen Neubauten für Gymnasien in Berlin vergleiche.

Abg. Spahn wünscht, daß in katholischen Gegenden bei der Verlegung der Lehrstellen an den höheren Schulen möglichst auf die Konfession der Mehrheit der Schüler Rücksicht genommen werde. Er wünscht sodann eine bessere Ausstattung der Schülerbibliothek des Gymnasiums zu Allenstein.

Abg. Dr. Borch bittet den Minister, auch bei dem neuen Gymnasium in Breslau möglichst Parität wahren zu lassen. Es sei in Breslau an anderen Gymnasien vorgekommen, daß an katholischen Feiertagen Klausurarbeiten geschrieben wurden, was an jüdischen Feiertagen nicht geschehen dürfte.

Minister v. Gögler: Die Frage, wie der Ueberfüllung namentlich in den mittleren Klassen abzuwehren, ist ein sehr schwierige, und es ist kaum möglich, aus der Unzahl der Prospekturen das Richtige herauszufinden. Es kann erst Abhilfe geschafft werden, wenn in der Bevölkerung die Ueberzeugung Platz greift, daß man auch außerhalb des sogenannten gelehrten Standes eine tüchtige Bildung erreichen und etwas Gutes leisten könne. Ich befördere daher gern die Gründung von Anstalten, in welchen die Knaben nach 6-jährigem Kursus befähigt werden, in ihrem bürgerlichen Beruf eine erprießliche Thätigkeit auszuüben. Man kann auch nicht so ohne Weiteres die Aufnahmebedingungen erschweren, denn Knaben im Alter von 8 bis 10 Jahren, die davon betroffen würden, würden überbürdet werden und Nachteile für ihr Leben haben; auch kann man nicht ohne weiteres Knaben, die in mittleren Klassen, namentlich bei Eintritt der Pubertät, nachlassen, entlassen, denn solche machen ihre Abgangsprüfung oft sehr gut. Zum Fernhalten der Schüler von den Lehranstalten würde die Erhöhung des Schulgeldes nicht viel beitragen, wohl aber würden eine Menge kleiner Familien davon schwer betroffen. Die Frequenz von Lehranstalten ist ja sehr gestiegen, von 36 Schülern auf je 10000 Einwohner im Jahre 1869 auf 54, im Jahre 1881 in Pommern sogar auf 67. Die Kommunen befinden sich ja in einer gewissen Nothlage, da sie jetzt für die allgemeine kommunale Wohlfahrt, für Kanalisation, Schlachthäuser, besseres Pflaster u. s. w. Aufwendungen machen. Sie sind nicht im Stande, abgenutzte Gebäude noch zu verwenden oder zu pensionieren, während dies der Staat wohl kann, und befürchten daher einen Rückgang ihrer Anstalten. Dann ist die Unterrichtsverwaltung der Prügelnabe; an sie wenden sich die Kommunen, um eine Uebernahme ihrer Anstalten auf den Staat zu erlangen; gegenwärtig liegen mir 30 solche Anträge vor. Was die Schülerbibliotheken betrifft, so habe ich im Laufe der letzten Jahre eine spezielle Anordnung getroffen, daß von denselben Alles ferngehalten wird, was einzelne Konfessionen verletzen kann. In Breslau wird

jetzt allerdings ein paritätisches Gymnasium gebaut. Dasselbe zeigt aber auch deutlich den Charakter, denn von den 6 ernannten oder zu ernennenden Lehrern sind 3 katholisch und 3 evangelisch. In Berlin ist es mir schwierig gewesen, eine Abhilfe zu schaffen. Ein geeignetes Lokal im Westen Berlins lies sich noch nicht finden, und ich habe daher versucht, durch Veranschlagung von höheren Lehranstalten in den Vororten die Knaben, die oft im Herzen von Berlin liegende Anstalten besuchen, von hier fernzuhalten. So habe ich ein Progymnasium in Lichterfelde schon genehmigen können und werde auch in Steglitz dazu im Stande sein, sobald gewisse lokale Voraussetzungen erfüllt sein werden; ebenso würde auch in Charlottenburg schon ein Realprogymnasium genehmigt sein, wenn man nur ein passendes Lokal finden könnte. Auf diese Weise würde es möglich sein, 2-300 Knaben von Berlin fern zu halten. Beim Friedrich-Wilhelms-Gymnasium in Berlin sind allerdings große Uebelstände vorhanden, so können wegen des großen Verkehrs an der Friedrich- und Kochstraßen-Ecke die nach der Straße zu gelegenen Fenster nicht geöffnet werden. Doch ist im letzten Jahre durch Ventilationsanlagen schon bedeutende Abhilfe geschaffen. Ueber die Verhältnisse will ich hier nicht sprechen, es werden diese Verhältnisse immer von mir beachtet werden, und ich werde auch für jede diesbezügliche Anregung dankbar sein.

Abg. v. Heeremann wünscht bauliche Veränderungen am Gymnasium in Münster. Er hofft, daß die Petitionen der Gymnasiallehrer und insbesondere der Zeichenlehrer recht bald und gründlich zur Erörterung kommen werden.

Abg. Pfaff dankt dem Minister für die Uebernahme des Real-Progymnasiums zu Otterndorf auf den Staat und wünscht einen baldigen Neubau für diese Schule.

Abg. Cremer: Die Berliner Gymnasien könne man nur entlasten, wenn man mit ihnen die Gymnasien der in der Nähe liegenden Ortschaften peluniar gleichstelle. Beispielsweise entspreche die Ausstattung des Gymnasiums in Charlottenburg keineswegs den Bedürfnissen einer großen Stadt.

Abg. Spahn dankt dem Minister für seine Erklärung betreffs der Parität; wünscht aber, daß die Unterrichtsverwaltung besonders darauf achten möge, daß zu deutschen Aufsätzen nicht unpassende, namentlich nicht das religiöse Gefühl verletzende Thematik gewählt werden.

Geb. Rath Bonitz erwidert, daß die Verwaltung in dem letzt erwähnten Punkt bereits mit Erfolg Remedur habe eintragen lassen.

Abg. Graf v. Saurma-Ruppertsdorff wünscht Uebernahme des Gymnasiums in Strehlen auf den Staat zur Entlastung der dortigen Kommune.

Auf eine Anfrage des Abg. Hoffsummer erwidert Geb. Rath Bohy, daß ein Neubau des Gymnasiums in Düren bevorstehe.

Abg. Kropatschel bedauert, daß verschiedene Städte immer noch nicht den Vorschreibern ihrer höheren Schulen den nöthigen Wohnungsgeldzuschuß zahlen.

Geb. Rath Bohy erwidert, die Verhältnisse in dieser Beziehung hätten sich bereits wesentlich gebessert; und die Unterrichtsverwaltung widme der Sache ihre dauernde Aufmerksamkeit.

Beim Titel: Höhere Mädchenschulen bittet Abg. Peters um genügende Berücksichtigung der katholischen höheren Mädchenschulen hinsichtlich der staatlichen Subventionirung.

Abg. Reichensperger (Köln) bespricht verschiedene bei den höheren Mädchenschulen vorhandene Mißstände; dahin gehöre die Ueberbürdung der Schülerinnen, ferner die unzureichende Auswahl der Thematik für deutsche Arbeiten; ein solches Thema habe z. B. gelautet: „Ueber die Renaissance und den Humanismus in der Beziehung zum Kunstgewerbe.“ (Heiterkeit.) Man müsse Bedacht nehmen auf Ausbildung des Charakters und Charakters der Mädchen und dieselben nicht mit allem nur möglichen Wissen vollstopfen. Die Mädchen sollen mit dem Herzen denken. Auch an die Lehrerinnen, selbst bei den gewöhnlichen Volksschulen, werden viel zu hohe wissenschaftliche Ansprüche gestellt; man verlange von ihnen z. B. sogar korrekte Aussprache des Englischen. Eine tief eingreifende Reform auf diesem Gebiete sei dringend wünschenswert.

Geb. Rath Schneider: Eine gleichmäßige Berücksichtigung der katholischen und der evangelischen höheren Mädchenschulen bei Vertheilung der Staatsfonds ist längst das Bestreben der Unterrichtsverwaltung. Die Wünsche des Vorredners sind in manchen Beziehungen schon erfüllt durch einen Erlaß vom März vor. J., der nach einer Revision der hiesigen Privat-Mädchenschulen ergangen ist. In den Konferenzen der Lehrer an höheren Mädchenschulen ist immer auf das Einfache, Erzieherische hingewiesen, und es haben auch schon mehrere Konferenzen stattgefunden, um einen Normal-Verfahren auszuarbeiten. Die Lehrerinnen müssen das doch wissen, was im Verbum ihrer Schule liegt, und auch die Examinatoren sind ja pädagogisch genug gebildet, um innerhalb bestimmter Grenzen zu prüfen.

Zu Kapitel wird bewilligt. Das Kapitel 121 „Elementarschulwesen“, speziell zunächst „Seminare“, betont

Abg. Senffahrt (Wegnit) das dringende Bedürfnis einer besseren Berücksichtigung der emeritirten Volksschullehrer. Die bekannte Nothlage derselben sei durch die Schaffung zahlreicher neuer Schulstellen, für welche man die vorhandenen Fonds größtentheils verwendet habe, und durch die gleichzeitig damit verbundene Ueberlastung der Gemeinden noch verschlimmert worden. Wann das Schulnotationsgesetz sich endlich realisiren lasse, wisse man leider noch immer nicht, obgleich dasselbe ganz dringend nothwendig sei. Auch die Gehaltsverhältnisse der Elementarlehrer seien größtentheils reformbedürftig. Redner bespricht sodann das Verhältnis der kirchlichen Behörden zu dem Elementarschulwesen. Die Synode der Provinz Sachsen habe bedeutsame Beschlüsse in der Richtung der Aufklärung und genaueren rechtlichen Begrenzung dieser Verhältnisse gefaßt. Namentlich müsse der Umfang des sogenannten niederen Kirchendienstes endlich genau fixirt werden; und eine Trennung der kirchlichen von den Schulämtern sei im Prinzip gewis zu erstreben.

Abg. Conrad weist auf Uebelstände hin, die sich im Elementar-Unterrichtswesen der polnischen Bezirke Oberschlesiens herausgestellt. Es ist nichts dagegen einzuwenden, daß die Kinder die deutsche Sprache lernen. Aber über dem Unterricht in der deutschen Sprache werden die übrigen Disziplinen vernachlässigt. Zwar ist es den Lehrern gestattet, ausblüßweise ihre Schüler bis zum zehnten Jahre in der polnischen Sprache zu unterrichten. Aber das nützt nicht viel; vor Allem sollte der Religionsunterricht Schülern auch nach über das zehnte Jahr hinaus in der polnischen Sprache erteilt werden. Auch der Kirchengesang vermisst, weil es den Lehrern nicht mehr erlaubt ist, polnische Kirchenlieder einzuläuten. Ich möchte den Minister dringend bitten, in diesen beiden Punkten Wandel zu schaffen.

Abg. Spahn: In Westpreußen ist für die katholischen Schulen nicht mit derselben Sorgfalt gesorgt worden wie für die evangelischen. Das muß die katholische Bevölkerung der Provinz um so mehr erliegen, als die Evangelischen nach Ausweis der letzten Zählung sich in der Minorität befinden. An den Simultananschulen überwiegt die Zahl der evangelischen Lehrer, die Hauptlehrerstellen sind fast durchweg von ihnen besetzt. (Redner fährt eine lange Reihe von Zahlen an, aus denen die Benachtheiligung der katholischen Elemente hervorgehen soll.) Es geht so weit, daß katholische Kinder angehalten werden, den Religionsunterricht evangelischer Lehrer mit anzuhören. Das sollte in erster Linie von den Kreisinspektoren verhindert werden. Sie sind zwar darauf aufmerksam gemacht, haben sich aber nicht veranlaßt gesehen, diese

Klagen abzustellen. (Hört! hört! im Centrum.) Wo die Katholiken in der Minorität sind, ist ihnen oft die Möglichkeit benommen, ihren Kindern einen ordentlichen konfessionellen Religionsunterricht zu Theil werden zu lassen. Der Vorstand des Ministers hat ausgesprochen, daß der Kirche ihr Einfluß auf die Schulen ausproben werden müsse. Ich bitte den jetzigen Minister, diesen Ausspruch endlich wahr zu machen.

Minister v. Gögler: Die Verhältnisse in Westpreußen, namentlich im Regierungsbezirk Marienwerder, sind dort sehr schwierig. Die Bevölkerung ist sehr dünn, die Kinder müssen oft eine Meile weit nach der Schule wandern, was im Winter ja zu großen Nachtheilen führt. Daher ist es nicht möglich, die Konfessionen immer auseinander zu halten; das wird nach mehr erschwert durch die verschiedene Nationalität der katholischen Bevölkerung, von der 1/4 deutsch, 1/4 polnisch ist. Der größte Theil der Schulklassen wird ja von evangelischen Bessigern getragen, und es kommt wohl selten vor, daß Katholiken in der Auflegung der Lasten benachtheiligt werden; wenn mir solche Fälle mitgetheilt würden, würde ich gern Abhilfe schaffen. Die Bevölkerung lagt auch gar nicht, die gegenseitige Duldung geht so weit, daß die Kinder der Minoritätskonfession bis zum Katechismus beim Lehrer der Hauptkonfession Unterricht nehmen. Es sind höchstens Klagen gekommen, daß man die Konfessionen auseinander zu ziehen sucht. Die Gefahr aber, daß irgend ein Zug einer Konfession verloren geht, ist auf evangelischer Seite eben so groß, wie auf katholischer Seite. Es ist den Geistlichen nicht verwehrt, auf den katholischen Religionsunterricht einzuzwirken, nur in zwei Fällen ist einem katholischen Geistlichen die Erlaubnis, den Religionsunterricht zu erteilen, entzogen worden. Wenn die Schulen in Oberschlesien paritätisch worden sind, so war mir das auch nicht angenehm, aber es ist schwer, das jetzt abzuändern. Es ist auch in Oberschlesien nicht vermehrt, daß auf den Mittelstufen der Religionsunterricht in polnischer Sprache erteilt werden darf. Die Resultate waren, wie ich nach einer Revision des Religionsunterrichts durch den Fürstbischof erfahren, durchaus gute, unter 300 Klassen waren nur 45, deren Leistungen nicht genügt, während 20 recht gutes leisteten. Herr Abg. Senffahrt hat gewünscht, das Einkommen der Lehrer aus dem Kirchen- und Schuldienste zu trennen. Diese Trennung wird im Laufe der Zeit wohl von selbst stattfinden, aber ich kann da kaum eingreifen, ohne die Schulen zu schädigen. Ferner muß ich hervorheben, daß die Zuschüsse zum Volksschulwesen in gleichem Verhältnis mit der Zunahme der Bevölkerung gestiegen sind. Wir haben jetzt 2100 Klassen, wollten wir dafür sorgen, daß jeder Lehrer höchstens 100 Schüler hat, so müßten noch 5545 Lehrer angestellt werden, dann braucht die Unterrichtsverwaltung noch 30 Millionen Mark mehr als jetzt.

Abg. v. Stabilewski klagt, daß die Schulbehörden in der Provinz Posen noch immer sich schwere Uebergriffe gegen die polnische Bevölkerung, gerade auch auf dem Gebiete der Elementarschulwesen, zu Schulden kommen lassen. Dies zeigt sich namentlich in der Bevorzugung evangelischer Lehrer bei der Anstellung an Schulen in rein katholischen Bezirken. Auch die Vertilgung der Simultananschulen sei fast in allen Fällen eine evangelische; kaum jemals werden katholische benachtheiligt. Nirgends machen sich ferner die Germanisirungsbestrebungen so schroff geltend, wie gerade in dem Elementarschulwesen. Auch bürgere sich in Westpreußen allmählig die Praxis ein, daß man die Schulpflicht über das 14., ja selbst bis zum 16. Lebensjahr ausdehne.

Abg. Wehr bestreitet, daß die von Abg. Spahn geäußerten Ansichten in Westpreußen irgendwie getheilt werden. Das polnische Element habe in Westpreußen zugenommen. Von Unterdrückung der Polen sei keine Rede. Die Schulverwaltung in den 1850er Jahren habe nicht mehr den großen Fehler gemacht, den Polonismus allzusehr zu begünstigen. Von dieser verkehrten Praxis sei die jetzige Schulverwaltung leblich zurückgekommen; der jetzige Verfahren aber als Unterdrückung zu bezeichnen, sei völlig unredlich. Hoffentlich werde sich der Minister durch die Beschwerden der Westpreußen polnischer Zunge nicht bestimmen lassen, von seinen im vorigen Jahre hier kundgegebenen Grundsätzen abzugeben. Hoff und Abneigung der Deutschen gegen die Polen komme nur ausnahmsweise, der Polen gegen die Deutschen aber regelmäßig vor. Auch der Abg. Windthorst möge dies beachten und daraus entnehmen, wie wenig begründet seine neuliche Anschauung der Polen war.

Abg. Varenden trägt Beschwerden der norddeutschen (sächsischen) dänischredenden Bevölkerung über nicht genügende Berücksichtigung ihrer Nationalität im Elementar-Schulwesen vor.

Die Position wird bewilligt und die weitere Verathung um 4 1/2 Uhr bis Sonnabend 10 Uhr vertagt.

Lokales.

g. Die selbstthätigen Weichen, welche auf einzelnen Strecken der Westpreußenbahn sich befinden, scheinen sich nicht in dem Maße zu bewähren, als anfänglich angenommen wurde. Der Mechanismus, so einfach und solide er auch konstruirt ist, konnte doch nicht dem starken Wagenverkehr trogen, welcher in den Straßen herrscht, in denen die mit den selbstthätigen Weichen versehenen Geleise liegen. So kommt es denn, daß die Kondukteure bei den Weichen wieder wie früher von den Wagen springen und die Bunge an den Weichen umlegen müssen. Um den Kondukteuren diese Thätigkeit zu ersparen, bleibt daher nichts anderes übrig, als die Konstruktion des Mechanismus zweckmäßig zu verändern oder aber einen Versuch mit einer anders gestalteten selbstthätigen Weiche zu machen. Das beste wäre allerdings, man stülte Weichensteller an, die Pferdebahn verdient gewis soviel, daß einige Arbeiter mehr Beschäftigung finden könnten.

N. Eine Habichtsfamilie auf dem Thurm der St. Petruskirche bietet den Adjazenten jetzt alltäglich ein sehr interessantes Schauspiel. Am gestrigen Nachmittag war der um die Kirche befindliche Platz dicht von Menschen umlagert. Einer der erwähnten Raubvögel war auf Raub ausgeflogen und kam nach kurzer Zeit mit einer Taube zurück. Der rauberische Vogel plazierte sich auf eine in schwindelnder Höhe vorstehende Figur und nun begann die Mahlzeit. Interessant war es anzusehen, wie die Familie Habicht den Ferkelungsprozess begann und sich endlich in die Taube theilte.

g. Der Sekretär Schalgig, welcher in dem Prozeß der Königl. Charitee-Direktion eine so hervorragende Rolle gespielt hat und dem von den unter Eid gestellten Zeugen eine ganze Reihe von Ungehörigkeiten zur Last gelegt worden war, hat seine Stellung als Aufnahmebeamter der Königl. Charitee aufzutreten müssen und es ist ihm ein anderer Posten überwiesen worden. Damit wird dem Publikum nicht nur eine gewisse Genugthuung geschaffen werden, sondern die verurtheilten Angeklagten des Prozeßes haben ein neues Beweismittel für die Wahrheit der von ihnen gerügten Zustände in Händen, welches bei der gegen das strafgerichtliche Urtheil eingeleiteten Revision von nicht unbedeutendem Werthe ist. Auffallen mag es immerhin, daß die Angeklagten trotz der seitens der Grund der Rechtsanwältin Hugo Sachs und Raphael auf Grund der Zeugenaussagen gegebenen Charakteristik des Sekretär Schalgig mit so hohen Strafen belegt sind. Namentlich der Fall, in der Petrisstraße 2 wohnenden Tischlers Albert Ermann, welcher eidlich erhartete, daß er aus dem Aufnahmebureau der Charitee hinausgeworfen worden, war analog dem des Weibers Düring, und doch erfolgte die Verurtheilung, weil in dem konkreten Fall aus nicht erwiesener Ursache wurde, daß Düring am Morgen gepökt und von Schalgig zur Thür hinausgeworfen worden war.

Die Gattin des Zahnarztes Herr G., der bekanntlich seiner gesamten Familie und den sonstigen Angehörigen seines Hausdalles an der Trichinosis erkrankt ist, ist inzwischen verstorben. Der Förster, welcher der Familie G. den trichinösen Schinken zum Geschenk gemacht hat, hatte in seinem Stalle drei Schweine gefüttert, von denen er eines im Monat Dezember an den Schlächtermeister Ulrich in Dalldorf verkaufte. Dasselbe wurde dort von dem amtlichen Fleischbeschauer mit Trichinen behaftet, mit Beschlag belegt und das Fleisch vollständig ungenießbar gemacht. Trotz dieser Thatsache hat der Förster die andern vier Schweine geschlachtet und ohne sie auf Trichinen untersuchen zu lassen, das Fleisch in Gebrauch genommen. Von einem dieser Schweine hat der oben erwähnte Förster herabgeholt. Als der Förster von dem Ausbruch der Trichinose hier hörte, ließ er am 21. d. M. das noch in dem Stall befindliche Fleisch von dem Fleischbeschauer Rosenkranz in Reinickendorf untersuchen. Dieser fand in den Präparaten von drei Schweinen Trichinen in großer Menge. Zu seiner Überraschung sah Herr Rosenkranz noch den Fleischbeschauer Köhler in Reinickendorf hinzu, dessen Untersuchungen dasselbe Resultat hatten. Letzterer machte sofort die Anzeige, und am Samstag hat der Amtsvorsteher Bruno in Tegel den weiteren Verlauf imbit. Inzwischen sind, wie das „Verl. Tagbl.“ meldet, die Dienstmädchen und der Kutscher des Försters, wie es scheint, ebenfalls an der Trichinosis erkrankt.

Ein Schandensurteil, bei dem abermals ein Menschenleben in hoher Gefährdung schwebte, fand in der vorangegangenen Nacht gegen halb 1 Uhr auf dem Grundstücke Wilmstraße 7 statt. In einem von dem Gefinde des dort wohnenden Restaurateurs B. bestimmten Raum war, während bereits ein Mädchen in diesem Räume schlief, ein Feuer ausgebrochen, das erst entdeckt wurde, als bereits ein heftiger Rauch aus diesem Zimmer drang. Das von dem Quaal beunruhigte Mädchen konnte sich nach einiger Zeit wieder erholen, während es der schnell erschienenen Feuerwehr auch gelang, bald des Feuers selbst Herr zu werden. Am Abend waren die Mannschaften nach dem Hause Andreasstr. 4 abkommandiert worden, wo in einem zum Aufbewahren von Brennholz bestimmten Räume ein Feuer ausgebrochen war. Die Ursache war hier zum größten Teile bereits durch Hausbesitzer ermittelt.

Polizeibericht. Am 26. d. M., Vormittags, gerieth der Wagenführer A. auf dem Güterbahnhof der Stettiner Bahn im Rangieren eines Wagens durch den Stoß eines angefahrenen Wagens zwischen die Buffer und erlitt dabei eine so starke Verletzung der Brust, daß er auf dem Transport nach dem Krankenhaus verstarb. — An demselben Tage Mittags wurde ein Mann in einem Hause am Schloßplatz sich das Leben nehmen, indem er sich eine Schlinge um den Hals hängte und diese zuzog. Er wurde jedoch hierbei betroffen und von weiteren Ausführung verhindert. — Am Nachmittag des 22. d. M. wurde ein Mann in dem Hause beim Abblenden eines mit Branntwein gefüllten Fasses im Hause Kotbuscherstraße 22, dadurch einen Bruch des rechten Beines, daß ihm das Bein beim Herabgleiten auf der Schrotelleiter gegen das Bein zerbrach. Dasselbe wurde nach Bethanien gebracht. — Um dieselbe Zeit fand in der Gold- und Silberwaren-Fabrik von Sy und Wagner, Kronenstraße Nr. 28, eine mit heftiger Detonation verlaufene Explosion statt, indem eine zur Bereitung von Feuerwerk dienende gußeiserne Retorte aus noch unbekannter Ursache platzte. Obwohl durch die Explosion die Fenster-Einrichtungen herausgerissen und alle in dem betreffenden Räume vorhandenen Gegenstände zertrümmert wurden, erlitten die dabei beschäftigten Personen, Salvaniseur Liebeschul und Arbeiter Herrmann, doch nur leichte Verletzungen durch Glasstücke, und zwar ersterer am Halse und letzterer an der Hand.

Gerichts-Zeitung.

Als ein Akt niederrächtiger Nachsucht charakterisierte die Handlung, die gestern den Droßkellner Wilhelm G. v. d. Burg vor die 9. Abtheilung des Schöffengerichts brachte. Am Abende des 19. Dezember v. J. gerieth der Angeklagte auf dem Halleplatz vor Risfall's Hotel mit einem seiner Bekannten in Streit, in welchem die deutsche Faust eine erhebliche Rolle spielte. Der Angeklagte zog den Kürzeren und wurde nach Hause gebracht. Als bald darauf sein Gegner sich auf wenige Augenblicke von seiner Droßkelle entfernte, machte sich der Angeklagte in auffälliger Weise an denselben zu thun, und als dieser bei seiner Zurückkunft das Verdeckleder der Droßkelle mit seiner Hand zerschneiden fand, da brauchte er nicht lange nach dem Thäter zu suchen. Im Verhandlungstermine legte die der Angeklagte einfach auf's Zeugnis, der Gerichtshof war sich von seiner Schuld überzeugt und diktierte ihm 8 Tage Gefängnis zu.

Eine eigenartige und sehr interessante Sachbeschädigung-Anklage gelangte gestern gegen den Kaufmann Dahlerberg vor der 87. Abtheilung hiesigen Landgerichts I zur Verhandlung. Der Angeklagte, der bis zum 1. April cr. in dem Hause Reichsbergerstraße 32 einen Laden inne hat, erlitt die in dem Reichsprotokoll 3 Monate und 3 Tage Haft desselben vorgesehene Kündigung bereits am 15. Dezember mit dem Abschreiben seines Wirthes Bagel, daß wenn er den Laden bei erhöhter Miete behalten wolle, er sich bis zum 1. Januar cr. zu entschließen habe. Aber schon am 24. Dezember v. J. ließ Bagel an einer der den Laden des Angeklagten stützenden Säulen ein großes Plakat auf rothem Papier mit den Worten „Dieser Laden ist zu vermieten“ anbringen. Der Angeklagte hielt den Wirth hierzu nicht für berechtigt und ließ ihn durch seinen Hausdiener zur Befestigung des Plakats auffordern, wogegen dieser das an ihn gestellte Verlangen in der Meinung zurückwies, daß er in seinem Hause wohnen könne, was er wollte. Nunmehr ertheilte der Angeklagte, welcher die Anbringung dieses Plakats als eine gegen den Wirth gerichtete Provokation ansah, seinem Hausdiener den Befehl, den Bettel zu entfernen, was nur durch ein gleichzeitiges Beschädigen der Wand möglich wurde. Auf den alsdann von Bagel gestellten Strafantrag wurde Dahlerberg wegen oben genannten Vergehens unter Anklage gestellt, und Strafe von 3 Mark event. 1 Tag Gefängnis. — Der Gerichtshof erkannte aber auf Freisprechung des Angeklagten, da der Hauswirth nicht das Recht eingeräumt werden könne, an der betreffenden Stelle den rothen Bettel anzubringen, durch den sein Wirth in seinem Renomee und in seinem Gewerbe geschädigt. Dann habe dem Angeklagten aber auch der Wirth der Sachbeschädigung gefehlt, ihm sei nur an der Entfernung des Bettels gelegen gewesen.

Soziales und Arbeiterbewegung.

Aufruf an alle Eisenarbeiter Deutschlands. Werthe der Eisen- und Berufsangehörigen! Am Montag, den 23. Februar, werden wir eine schreckliche Katastrophe über uns hereinbrechen lassen. In diesem Tage brodlos geworden, der Grund hierzu ist in kurzen Worten folgender: Schon lange arbeiten wir unter den schlechtesten Verhältnissen, weil wir einen Streik um jeden Preis zu vermeiden suchten. Nun sollten wir noch einen Lohnstreik von 20 pCt. erdulden. Einige unserer Kollegen erklärten sich, von diesem schlechten Verdienst einen solchen enormen Lohnstreik zu erdulden. Weil man sie als die Anfänger ansah, so man sie sofort entlassen, worauf wir andern ebenfalls verurtheilt waren, die Arbeit einzustellen. Kollegen und Berufsangehörige! Ihr werdet einsehen, daß wir wohl keinen Streik gemacht haben, denn wir hatten keine Lust,

bei der Arbeit zu hungern, zumal man bedenken muß, daß gerade die Eisenarbeiter eine sehr anstrengende Arbeit verrichten müssen. Die Sache für uns steht ziemlich günstig und möchten wir alle Eisenarbeiter von Nah und Fern freundlichst ersuchen, den Bezug nach hier streng fern zu halten und uns in unserem gerechten Kampfe mit Geldmitteln zu unterstützen, auf diese Weise wird es uns möglich sein, den Sieg zu erringen. Alle Gelder und Aufschreiben sind zu senden: An Wilhelm Spiller, Breslau, Berlinerstr. 38, und Johann Urbanowicz, Breslau, Märkischestr. 70. Mit bestem Gruß zeichnen sämmtliche streikenden Rüttlern- und Holzschmiede der Breslauer Schrauben- und Rüttlernfabrik. Breslau. W. Spiller. J. Urbanowicz.

NB. Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten.

Bezüglich der Arbeiter-Lohnverhältnisse in der eines gewissen Weltzuges genießenden Berliner Luxuspapier-Fabrikation gehen uns aus den betreffenden Arbeiterkreisen betrübende Mittheilungen zu, denen wir für heute nur das Folgende entnehmen: „Der etwa die Lohnverhältnisse in den hiesigen Luxus-Papier-Fabriken, von welchen ein geradezu fabelhaft klingender Umsatz erzielt wird, für leidlich günstig halten sollte, würde sich sehr irren. Im Gegentheil, es steht mit denselben so trübe, als nur möglich, aus. So z. B. war die Herstellung von Karten mit gezackten Schnitten vor noch nicht so langer Zeit ein recht lohnender Erwerbszweig, aber durch die maßlose Konkurrenz, welche die an Billigkeit der Waarenpreise immer mehr sich überbietenden Fabrikanten einander machen, ist es auch bei diesem Artikel bereits dahin gekommen, daß selbst zu der anstrengenden Arbeit des „Schabens“ mit Vorliebe weibliche (weil billigere) Arbeitskräfte verwendet werden. Hauptsächlich in Folge hiervon können jetzt die männlichen Arbeiter, welche nach der gebräuchlichen Bezeichnung noch als „schräge Schnittmacher“ beschäftigt sind, meistens nur noch 15 M. wöchentlich verdienen. Ebenso läglich steht es mit den Verhältnissen der Karten-Arbeiter in vielen, ja in fast allen Berliner Fabriken“ — und so weiter.

Vereine und Versammlungen.

Drei Tischlerversammlungen fanden am Donnerstag Abend gleichzeitig in den verschiedensten Stadtbezirken statt. Die Bauhischler tagten bei überfülltem Lokale Invalidenstr. 16 (Viehhof). Zur Verhandlung stand die Arbeitseinstellung in der Bauhischlerei von Lüpke, Brunnenstraße 106, über welche Herr Ködel referirte und die bekanntlich erfolgt ist, weil in dieser Werkstätte, die ein würdiges Gegenstück zur Schmidt'schen Werkstätte bilden soll, derartig lächerlich geringe Arbeitspreise für dort gefertigte Bauarbeiten gezahlt werden, daß dieselben noch 20—25 Prozent unter dem im Minimallohn tarif für Bauhischler ausgemessenen Preisen stehen. Auf Ersuchen des Herrn Lüpke verhandelte Herr Ködel am Tage der Versammlung mit ihm. Die Verhandlungen, welche einen relativ günstigen Verlauf nahmen, indem Herr Lüpke die geforderten Lohnsätze theils akzeptirte, theils erhöhte, scheiterten schließlich an dem unabänderlichen Willen des Herrn Lüpke, seinen der früher bei ihm beschäftigten, jetzt streikenden Gesellen wieder einstellen zu wollen, eine Forderung, auf welche Seitens des Herrn Ködel ganz besonders gehalten wird, da bereits während des Streikes fremde Gesellen dort Arbeit genommen haben, und von deren Erfüllung die definitive Freigabe der Werkstätte abhängig gemacht wird. Die Lohnkommission wird gerade in diesem Falle in keiner Weise nachgeben, da sie diesen Fall für einen prinzipiellen erachtet, dessen Konsequenzen von weittragender Bedeutung für den ganzen Norden ist, der in jeder Beziehung noch viel zu wünschen übrig läßt. Den überaus zahlreichen Besuch als ein sicheres erfreuliches Zeichen nehmend, daß die Tischlergesellen des Nordens von einem anderen Geiste besetzt würden, ermahnte Referent Alle, sich der Lohnbewegung anzuschließen. In diesem Sinne äußerten sich in der Diskussion die Herren Künzel, Lenz u. A. und schlossen die Verhandlungen mit der Annahme folgender Resolution: „Die heute Invalidenstraße 16 tagende Tischlerversammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten voll und ganz einverstanden. Die Versammlung erklärt ferner, daß der Streik der Kollegen bei Lüpke ein gerechter ist und daß sie mit allen gesetzlichen Mitteln dafür eintreten wird, die Kollegen voll und ganz zu unterstützen und ermahnt alle rechtschaffenen Tischlergesellen, die Werkstätte von Lüpke zu meiden.“ — Die Spiegelstrahlarbeiter tagten bei Keller, Andreasstr. 21, während die Bettelsticker bei Wobhaupt, Manneufeststr. 9, versammelt waren. Die Tagesordnung beider Versammlungen lautete: „Beschlusfassung über den von den Weistern abgeänderten Minimallohn tarif.“ — Die Verhandlungen der lombardischen Branchen-Tarifkommissionen hat bereits begonnen und sieht demnächst ein definitives Resultat zu erwarten.

Am die Nothwendigkeit der Gründung eines Vereins zur Vertretung der Interessen der Arbeiterinnen zu erörtern, hatte Frau G. Guillaume-Schad zu Donnerstag, den 26. d. Abends eine Arbeiterinnen-Versammlung nach der Urania, Wrongestr. 9 u. 10 einberufen, und trotzdem nur Frauen der Eintritt gestattet war, erwies sich der geräumige Saal für die Menge der Erschienenen zu klein, so daß die Tische und Stühle entfernt und die Galerie besetzt werden mußte. Ueber 1000 Personen waren anwesend. In das Bureau wurden die Damen Frau G. Schad als erste, Frau Stagemann als zweite Vorsitzende und Frau Jhrer als Schriftführerin gewählt. Nach einigen kurzen, einleitenden Worten der Frau G. Schad, welche auf die Bedeutung und den Ernst der Absicht hinwies, selbstständig in Berlin eine große Arbeiterinnen-Organisation in's Leben zu rufen, erhielt Frau Dr. Hoffmann das Wort zum Referat und machte zunächst gegen die Beschränkung der Frauenarbeit, wie sie die Arbeiterschutzgesetzwerke der verschiedenen Fraktionen des Reichstages verlangen, die gelegentlich früherer Versammlungen bereits angeführten Gründe geltend. Sie erklärte besonders die geforderte Arbeitsbeschränkung als für Mädchen und Wittwen verhängnisvoll, als eine arge Rechtsbeschränkung steuerzahlender Bürgerinnen und bezeichnete als sichere Folge einer solchen Maßregel, daß die brodlös Gewordenen, „zum Hunger oder zum Diebstahl, zum Selbstmord oder zur Prostitution“ gedrängt würden. Man verbiete nur, hieße aber nichts. So dürfte die Wöchnerin erst 6 Wochen nach ihrer Verbindung wieder in Arbeit treten, würde man aber in diesem Falle eine sechs-wöchentliche Krankenunterstützung festsetzen, so könnte man sich das Verbot ersparen. Man spreche von Rücksichten auf die Sittlichkeit, wenn man die Frauenarbeit in denjenigen Industrien verbieten wolle, wo die in den Fabrikräumen herrschende Hitze die Arbeiter zwänge, die Oberkleider abzulegen, während „Ballettusen, weibliche Athleten, Barforseiterinnen u. s. w. geduldet, bewundert und protegirt“ würden, deren Entlohnung berechnet sei und die Sittlichkeit weit mehr gefährde. Die Nacharbeit solle gänzlich verboten werden, aber an eine Aufhebung der Nacharbeit der Kellnerinnen denke man nicht, die in den Lokalen mit weiblicher Bedienung auf die Trinkgelder und auf die Prozente angewiesen wären, welche sie statt eines festen Lohnes vom Wirth für die verlaufenen Getränke bezögen, die also direkt zu Unfruchtbarkeit und Völlerei gezwungen würden. Hier sollte auch für die weibliche Arbeit ein Schutz eintreten, ebenso wie dieselbe vor der Konkurrenz der Buchhändler bewahrt werden müsse, die in einzelnen Branchen, in der größeren Stickerie, in der Blumenmacherei z. B. die freie Arbeiterin allmählich entweder vollständig verdrängt oder ihren Lohn unglücklich herunterdrückt; auch die „feine Dame“ mache der armen Stickerin widernatürliche Konkurrenz, da sie in ihren Aufstufen die zarteren

Arbeiten zum Zeitvertreib und um ein kleines Taschengeld zu verdienen, herstelle und zu jedem, auch dem niedrigsten Preise herstellen könne. Die vielgerühmte Vivifikation müsse die niedrig bezahlte Frauenarbeit wie einen Hohn auf sich selbst empfinden. — Es sei aber an der Zeit, solche Zustände zu verändern und wenn die Frau auch durch Natur und Menschenliebe gedrückt sei, habe sie doch in der Vereinigung ein Mittel, ihre Lage zu verbessern. Vereinigung und Organisation würden der Schwachen Schutz, der Nothleidenden Hilfe, der Weiterstrebenden Förderung, allen aber das Gefühl bringen, daß sie nicht vereinsamt seien, sondern solidarisch verbunden, um an der Fortentwicklung ihres Geschlechtes und somit zugleich auch an der Weiterentwicklung der Menschheit zu arbeiten. (Stürmischer Beifall.) — Frau G. Schad verlas hierauf die Statuten des Vereins, die in der nächsten Versammlung beraten und endgültig festgesetzt werden sollen. Nach der vorgeschlagenen Fassung derselben wird der Verein die Hebung der geistigen und materiellen Interessen der Arbeiterinnen, insbesondere die Regelung der Lohnverhältnisse sowie die gegenseitige Unterstützung bei Lohnstreitigkeiten erstreben; seine Wirksamkeit voll bestehen in Abhaltung von populären, nicht politischen Vorträgen, in Beschaffung einer Bibliothek, sowie in Errichtung eines Arbeitsnachweises. Mitglieder können Frauen und Mädchen, die das sechzehnte Lebensjahr erreicht haben, werden, während Männer auch zu den Vereinsversammlungen keinen Zutritt haben. — Außerdem gelangte noch eine Petition der Berliner Arbeiterinnen gegen die beabsichtigte Follerhöhung der baumwollenen Nähfäden (Nähmaschinengarne) zur Verlesung und Frau G. Schad empfahl den anwesenden Näherinnen, dieselbe zahlreich zu unterstützen, um eine so harte Belastung (die jährliche Ausgabe für Nähfäden würde sich um 6—10 Mark erhöhen), zu verhindern, die ausschließlich von den Arbeiterinnen getragen werden müßte. — An der nun folgenden lebhaften Diskussion betheiligten sich die Frauen Rangius, Fortong, Stagemann, Beier und Fel. Freitag. Alle Rednerinnen waren mit der Bildung eines Vereins einverstanden und riefen zum Beitritt. Frau Fortong wies noch auf die Nothwendigkeit hin, daß Fortbildungsschulen auch für Arbeiterinnen geschaffen würden; Frau Beier sprach für Unterstüßung einer armer Wöchnerinnen und Frau Stagemann forderte in einem kräftigen Schlußwort noch einmal die Anwesenden auf, sich dem Verein anzuschließen. — Wie die zum Einschieben ausliegenden vorläufigen Mitgliederlisten ergaben, folgten die meisten Frauen dieser Mahnung und wenn sich sonst nichts dem Verein in den Weg legt, wird er bei seiner schließlichen Errichtung bereits über eine große Mitgliederzahl verfügen.

Der Fachverein der Metallschrauben-Facendreher und Berufsgenossen hielt am Dienstag Abend in der Rantestueßstraße 9 eine Versammlung ab, in welcher Herr Fleischer über das Thema „Ueberdüsterung“ referirte. Redner wies nach, daß die Furcht vor einer Ueberdüsterung, welche freilich sogar in den Köpfen gelehrter Professoren spule, durchaus ungerechtfertigt sei. Wenn heute auf allen Gebieten des Erwerbslebens ein Ueberangebot von Kräften vorhanden sei, so sei damit noch keineswegs erwiesen, daß zuviel Menschen auf der Welt seien. Amerika habe noch für viele Millionen Raum und dennoch herrsche auch dort Arbeitslosigkeit vor, mithin liege das heutige Uebel nicht am Ueberschussraum. Bei einer rationellen Wirtschaftsweise würde sich zeigen, daß es noch viel zu wenig Menschen gebe und daß daher diese Frage noch gar nicht in Betracht komme. Nach dem Vortrage wurden noch in lebhafter Weise die Mängel und Schäden in den verschiedenen Werkstätten besprochen und der Beschluß gefaßt, sobald wie möglich zur Erledigung interner Angelegenheiten wieder eine Versammlung einzuberufen.

Der Arbeiter-Bezirksverein vom 15. und 20. Kommunal-Wahlbezirk hielt am 25. Februar im Lokal des Herrn Otto, Waldertstraße 21, seine Vereinsversammlung ab, in welcher Herr Mit an über „Vereinsfähigkeit und Vereinspielerei“ einen sehr interessanten Vortrag hielt. Fast sämmtliche Vereine, so führte der Referent aus, welche in allen Berliner Zeitungen und namentlich in der „Volks-Zeitung“ im Vereinskalender stehen, treiben Spielerei, namentlich Rauchklub, Gesangvereine, Kriegervereine u. s. w. Redner kritisirte dann die sogenannten liberalen Bezirksvereine, die in den letzten zwanzig Jahren fast sämmtliche Wahlen in Berlin gemacht hätten. Er geht dann zu den konservativen Bürgervereinen über und fordert schließlich sämmtliche Anwesende auf, dahin zu wirken, daß die Arbeiter-Bezirksvereine noch weit stärker werden wie sie schon sind. Denn gerade diese Vereine haben durch die Vorträge, welche dort gehalten sind, als: Gesundheitspflege, Gesetzeskunde, Lebensmittelvorschuß, Normalarbeitstag, Kommunal-Angelegenheiten u. s. w., bewiesen, daß sie sich ihrer Aufgabe voll und ganz bewußt sind, um den Arbeiter sowohl in politischer wie in sozialer Beziehung zu unterstützen. Reicher Beifall lohnte den Referenten für seine trefflichen Ausführungen. An der Diskussion betheiligten sich mehrere Anwesende im Sinne des Vortragenden. Zum Schluß wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: Die heutige Versammlung des Arbeiter-Bezirksvereins vom 15. und 20. Kommunal-Wahlbezirk ersucht die Berliner Stadtverordneten-Versammlung, die vom Magistrat aufgestellten 3000 Mk. im Stadthaushalts Etat zur Beleuchtung des Berliner Rathhauses am 2. September d. J. abzulehnen, da die Verwendung der obengenannten Gelder nicht im Interesse der Stadt und der steuerzahlenden Bürger geschieht. — Die nächste Mitglieder-Versammlung findet am Mittwoch, den 18. März, in demselben Lokal statt.

Der Bezirks-Verein des werththätigen Volkes der Schönhauser Vorstadt hielt am Dienstag, den 24. Febr. cr., im Lokal des Herrn Meister, Schönhauser Allee 161, eine Versammlung ab. Auf der Tagesordnung stand: Vortrag des Herrn Stadtverordneten Frey Bördi. Redner hielt einen längeren Vortrag über Kornzölle. Es wurde hierauf der Antrag gestellt, dem verunglückten Mitgliede Hennig 10 Mark Unterstützung zu bewilligen. Der Antrag wurde auch angenommen. Ferner ging eine Resolution des Inhalts ein, daß sich der Arbeiter-Bezirks-Verein der Schönhauser Vorstadt mit den Ausführungen des Referenten Herrn Stadtverordneten Frey Bördi einverstanden erklärt, und wünscht, daß die Arbeiter-Abgeordneten voll und ganz gegen die die Kornzölle eintreten. Nach Erledigung der eingegangenen Fragen schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Eine öffentliche Versammlung der Drechsler, Knochmacher und Berufsangehörigen, welche am Donnerstag, etwa 200 Teilnehmer zählend, Lothringersstraße 37, stattfand, vertiefte nach fast einstündiger Dauer dem Schicksale politischer Auflösung. Nachdem das Bureau gewählt war, erhielt der Drechsler Herr Julius Müller das Wort zu einem Vortrage. Derselbe begann mit dem Hinweis auf das Bemühen aller Parteien, sich arbeiterfreundlich zu zeigen. Redner trat dann für den von der sozialdemokratischen Fraktion eingebrachten Arbeiterschutzgesetz-Entwurf ein. Im Verlauf seiner Rede erhob sich der überwachende Polizeibeauftragte und erklärte die Versammlung für aufgelöst auf Grund des § 9 des Sozialistengesetzes.

Die Verwaltung der Zentral-Drechsler-Kranken- und Sterbe-Kasse (C. S. 48) macht ihren Mitgliedern bekannt, daß Beiträge sowie Aufnahme neuer Mitglieder an folgenden Stellen entgegen genommen werden und zwar jeden Sonntag abends 7½—10 Uhr Abends: 1) Al. Hamburgerstr. 27, Ecke Classenstr.; 2) Gollnow- und Wilmstraße-Ecke bei Planberg; 3) Andreasstr. 44, bei Wirth; 4) Staligerstr. 65, bei Müller; 5) Reichsbergerstr. 24, bei Schröder; 6) Raunynstr. 78, bei Ehrlich; 7) Stallschreiberstr. 41/42, bei Schwang; 8) Mitten-

waldenstr. 57, bei Schubert; 9) Köpckestr. 24, bei Gerike. In Erkrankungsfällen erhalten die Mitglieder den I. Schein auf folgenden Stellen: 1) N. bei Herrn Schmiedel, Veteranenstraße 11, Mittags 12-1, Abends 7-8 1/2 Uhr; 2) S. bei Herrn Schiefe, Schleiermacherstr. 5, S. II., Mittags 12-1, Abends 7-8 1/2 Uhr; 3) SO. bei Herrn Kaiser, Skalstr. 64, v. IV., nur Abends 7-8 1/2 Uhr. Der Kassier, Herr Kühn, wohnt Stallstraße 25, S. g.; Sprechzeit 12-1 Uhr außer Sonntags. Ferner den Mitgliedern zur Nachricht, daß von jetzt ab eine Extrasteuer von 10 Pf. pro Mitglied zur Deckung der Kosten zur General-Versammlung laut Beschluß des Vorstandes erhoben werden soll.

Eine außerordentliche Generalversammlung der Metallarbeiter Berlins findet Sonntag, den 1. März, Vormittags 10 Uhr, im Lokale des Herrn Nies, Kommandantenstraße 71-72, statt. Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn Laske. 2. Gründung der Mitgliedschaft (Eid) zur Vereinigung deutscher Metallarbeiter. 3. Wahl eines provisorischen Vorstandes. Die Metallarbeiter werden ersucht, recht zahlreich zu erscheinen.

Der Gesangsverein „Harmonia“ hält jeden Sonnabend Abends 9 Uhr seine Uebungsstunden im Restaurant Schumann, Alte Jakobstr. 38, ab. — Freunde des Gesanges und solche, welche geneigt sind, dem genannten Verein beizutreten resp. denselben nach besten Kräften fördern zu helfen, sind stets willkommen.

Zwei Tischlerversammlungen finden am Sonntag Vormittags 10 Uhr statt. Versammlung der Bautischler Alte Jakobstraße 37, Versammlung der Kastenmöbeltischler bei Keller, Andreasstraße 21. Tagesordnung in beiden Versammlungen: Beratung und Beschlußfassung über die von den Arbeitgebern reduzierten Minimallohsätze für obige Branchen.

Der Fachverein der Tischler hält am Montag, den 2. I. M., in Jordan's Salon, Neue Grünstraße 23, eine außerordentliche Mitgliederversammlung ab, um in der Herbergs-Frage einen endgültigen Beschluß herbeizuführen. Auch einige Anträge auf Abänderung des Vereinsstatuts stehen zur Beratung. Am Mittwoch, den 4. I. M., findet in Kurymann's Lokal, Bergstraße 68, eine Vereins-Versammlung statt, zu der auch Gäste Zutritt haben. — Das 5. Stiftungsfest findet am ersten Osterfeiertage in der „Berliner Ressource“ (früher Kolosseum) statt. Billets sind in den Vereinsversammlungen zu haben.

Außerordentliche Generalversammlung des Fachvereins der Gas-, Wasser- und Heizungs-Montierer findet am Sonntag, den 1. März, Vormittags 10 Uhr, Stalitzerstr. 126 statt mit der Tagesordnung: Wie verhalten wir uns zur Zentralisation der Metallarbeiter Deutschlands.

Eine große Arbeiterversammlung findet am Dienstag, den 3. März in Sanssouci, Kottbuscherstr. 4a, Abends 8 Uhr statt. Auf der Tagesordnung steht: Das Arbeiterschutzgesetz. Referent: Herr Max Kreuz. Der Wichtigkeit des Themas wegen ist es Pflicht eines jeden Arbeiters pünktlich zu erscheinen.

Versammlung der Mitglieder der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter (S. D. Nr. 3 Hamburg) für die örtliche Verwaltungsstelle Berlin F (Schönhäuserstr.). Sonntag, den 1. März, Vormittags 10 Uhr, in Kurymann's Salon, Bergstraße 68. Tagesordnung: 1. Statutenberatung. 2. Wahl der Delegierten zur General-Versammlung. Das Mitgliedsbuch ist vorzulegen.

Die Versammlung des Fachvereins der Nähmaschinenarbeiter und Berufsgenossen Sonnabend, den 28. d. M., fällt aus. Nächste Versammlung Sonnabend, den 14. März.

Eine öffentliche Metallarbeiterversammlung findet am Sonntag, den 1. März, Vormittags 11 1/2 Uhr, im Wedding Park, Müllerstr. 178, statt. Tagesordnung: Gründung einer Mitgliedschaft der Vereinigung deutscher Metallarbeiter zu Mannheim. — Diskussion. Um zahlreichen Zuspruch wird gebeten.

Tischler-Verein. Heute Abend keine Versammlung.

Versammlung der Mitglieder der Allgemeinen Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter (S. D. Nr. 5) Freitag, den 5. März, Vormittags 10 Uhr, Weinmeisterstraße Nr. 19, Restaurant D. Neumann.

Eine außerordentliche Generalversammlung der Gewerkschaft der Maschinenbau- und Metallarbeiter findet Sonntag, den 1. März, Vormittags 9 1/2 Uhr, im Wedding-Park, Müllerstr. 178, statt. Tagesordnung: Jahresbericht. Der Antrag Nicolaus und Genossen, betreffend die Auflösung der Gewerkschaft und Anschluß an die Zentralisation nach Mannheim. Der hochwichtigen Tagesordnung wegen werden die Mitglieder dringend ersucht, zahlreich und pünktlich zu erscheinen. Mitgliedsbuch legitimiert.

Berichtigung. Durch ein Versehen unseres Referenten ist in dem Bericht über die letzte Tischlerdelegiertenversammlung in Nr. 48 unserer Zeitung ein Irrthum unterlaufen, der hiermit dahin berichtigt wird, daß der betr. Antrag auf Zahlung von 100 Mark Unterstützungsgelder von dem Vorstande des Fachvereins der Bauanschläger und nicht dem der Möbelpolierer gestellt worden ist.

Briefkasten der Redaktion.

Reiselustiger. In Wiza herrscht stetig milde Temperatur vom Oktober bis Februar, selten Regen, Nebel, Schnee, wenig trockene aber reine Luft. Man findet dort in der übrigen Zeit viele heißere Tage, aber auch stets bewegte Luft, mitunter sogar kalten, heftigen Nordost, sowie häufig empfindlich scharfe Ost-Naturwinde. Die Spizmaus ist kein Nagethier, sondern ein Insekt fressendes Raubthier, welches allerdings keine Ähnlichkeit mit den Mäusen besitzt. Sie ist durch Vertilgen von Insekten und Gewürm äußerst nützlich.

Zwei Leserinnen. 1) Bei der Anrede in einem Briefe läßt man bei Personen, die dem Briefschreiber fern stehen, den Namen weg, bei bekannten setzt man ihn hinzu. 2) Man sagt: „Empfehlen Sie mich Ihrem Fräulein Schwester.“

Theater.

- Königliches Opernhaus.**
Heute: Keine Vorstellung.
- Königliches Schauspielhaus.**
Heute: Romeo und Julia.
- Deutsches Theater.**
Heute: Fiesko.
- Bellevalliance-Theater.**
Heute: Der Raub der Sabinerinnen.
- Neues Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater.**
Heute: Gasparone.
- Central-Theater:**
Alte Jakobstraße 30. Direktor: W. Ernst.
Heute: Der Walzer-König.
- Residenz-Theater:**
Direktion Anton Anno.
Heute: Zum 10. Male: Der Vergnügungszug. Hierauf: Die Schulmeisterin.
- Walhalla-Operetten-Theater:**
Heute: Der Feldprediger.
- Kontienstädtisches Theater:**
Heute: Erstes Gastspiel der kleinen Marguerite (Amerikas Liebling). Ein Taugenichts. Vorher: Sam Ichelläpchen. Hierauf: Das Besprechen hinter'm Heerd.
- Ostend-Theater:**
Heute: Im Schillingsshof.
- Wallner-Theater.**
Heute: Die Sorgenlosen.
- Victoria-Theater.**
Heute: Sulfurina.
- Alhambra-Theater.**
Heute: Die Räuber auf Maria Gulm.

Unserm Kollegen S. Otto zu seinem heutigen Wiederkunft ein donnerndes Hoch, daß die ganze Heringsbude wackelt. 416

Ob bei all' dem was merken läßt?

Arbeitsmarkt.

- Ein Vorarbeiter auf Binkguthwaren, welcher diese Fabrikation nachweislich gründlich versteht, wird gegen hohen Lohn gesucht. 415
Adr. erb. u. S. R. 422 a. Rudolf Mosse, Brinzenstr. 41.
- Ein Bügler auf Knaben-Anzüge verlangt. 426
Markusstr. 20 part.
- Harmonikaspieler Wirbel, St. Frankfurterstr. 132a. 425
- Allen Freunden und Bekannten empfehle meine **Restauration.**
Weiss- und Bairisch-Bier à Glas 10 Pf.
Für Abend-Unterhaltung ist auf das Beste gesorgt.
S. Spiekermann,
Rüdersdorferstr. 51.

Allen Freunden und Bekannten empfehle mein **Weiß- u. Bairisch-Bier-Lokal.**
Berliner Volksblatt liest aus.
W. Lock, O. Fruchtstr. 53.

Keller's Gesellschafts-Säle

Andreasstraße 21.
Empfehle meinen großen Saal, sowie die kleinen Säle dem geehrten Publikum, besonders Vereinen und Gesellschaften
Für gute Speisen und Getränke ist bestens gesorgt.
Achtungsvoll
Karl Keller.

Allen Freunden und Genossen empfehle meine **Cigarren und Rauch-Tabake.**
Lotterie-Loose und Antheile.
M. Meyer, O. Fruchtstr. 36a.

Zur pünktlichen Beforgung des Berliner Volksblatt, sowie aller anderen Zeitungen empfehle ich die Zeitungs-Expedition von **W. Schmidt,**
Rantewulfstr. 108.

Wilhelm Pfannkuch

Berlin N., Chausseestrasse 36 u. 37
im Grundstück der Wöhler'schen Maschinenbau-Anstalt.

en gros. Cigarren- u. Tabak-Handlung en détail.

Havanna-Import, Cigaretten, Rauch- und Kautabak.
Vorzüglichen Havana-Rauschuh, soweit der Vorrath reicht, Stück 4 Pf.
Wiederverkäufer erhalten Rabatt.

Arbeiterbezirksverein der Dranienburger Vorstadt und des Wedding.
Montag, den 2. März, Abends 7 1/2 Uhr, im Wedding-Park, Müllerstraße 178.
General-Versammlung.
Tagesordnung: 1. Jahresbericht. 2. Statutenberatung. 3. Verschiedenes. 4. Fragelasten. — Gäste haben nur Zutritt, wenn sie sich als Mitglieder einschreiben lassen. 422
Der Vorstand.

Allgem. Volksversammlung
Sonntag, den 1. März, Vormittags 10 Uhr, in der „Anhalt'schen Ressource“ früher Hüfner, Rödernstr. 114.
Tagesordnung:
Zweck und Ziele der Arbeiterbewegung. Referent Herr Oscar Krohm. — Um zahlreiches Erscheinen ersucht 424
Der Einberufer.

Gewerkschaft der Maschinenbau-, Metall- Arbeiter und Berufsgenossen.
Außerordentliche **General-Versammlung**
am Sonntag, den 1. März, Vorm. 9 1/2 Uhr, im Wedding-Park, Müllerstraße 178.
Tagesordnung:
1. Jahresbericht. 2. Antrag Nicolaus und Genossen betr. die Auflösung der Gewerkschaft und Anschluß an die „Vereinigung deutscher Metallarbeiter.“ 398
Mitgliedsbuch legitimiert. Der Vorstand.

Verein d. Berl. Metallarbeiter.
Außerordentliche **General-Versammlung**
am Sonntag, den 1. März, Vormittags 9 1/2 Uhr, in Nies's Salon, Kommandantenstraße 71-72.
Tages-Ordnung:
Beschlussfassung über die Auflösung des Vereins, betreffs Anschluß an die Vereinigung deutscher Metallarbeiter.
Luitungsbuch legitimiert. Der Vorstand.

Central-Kranken- und Begräbniskasse der Buchbinder Deutschlands.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß folgende Jahrestellen errichtet worden sind, und jeden Sonnabend von 8-10 Uhr Beiträge entgegen genommen werden:
Weinmeisterstraße 19 bei Schröder, 409
Grüner Weg 13 (Eichlagenteiler),
Dresdenerstraße 38 bei Koch,
Raunhuststraße 60 im Keller bei O. Schneider;
ferner jeden Abend:
Neue Jakobstraße 11 bei Marr,
jeden Abend, jedoch mit Ausnahme des Sonnabends:
Blumenstraße 29, Hof 2 Tr. bei A. Schneider.
Hauptzahlstelle: Alte Jakobstraße 120.
Die Mitglieder werden gebeten, die neue Geschäftsordnung unverzüglich ihrem Luitungsbuche anzuhängen, da dieselbe Rechtsverbindlichkeit enthält. Die Ortsverwaltung.

Gesangsverein „Harmonia“.
Stimmbegabte Herren, welche geneigt sind, dem Verein beizutreten (1. Tenöre und 2. Bässe), wollen sich melden am Sonnabend Ab. 9 Uhr bei Schumann, Alte Jakobstr. 38. 416
Schlafstelle bei Fenske, Reichenbergerstr. 167, III. vorn.

Fachverein der Schmiede.
Montag, den 2. März, Abends 8 1/2 Uhr, in Grotzsch's Bierhallen, Kommandantenstr. 77-79.
Versammlung.
Vortrag des Regierungsbaumeisters Herrn Repler. Die Kollegen werden gebeten, die noch nicht eingelebten Fragen bogen mitzubringen. — Gäste willkommen. Der Vorstand. 423

Fachverein d. Marmor- u. Granit-Arbeiter.
Sonntag, den 1. März, Vormittags 10 1/2 Uhr,
Mitglieder-Versammlung
in Deigmüller's Salon, Alte Jakobstr. 48a.
Alle Kollegen und Mitglieder werden um recht zahlreiches Erscheinen gebeten. Neue Mitglieder werden aufgenommen.
Der Vorstand. 418

Die Mitglieder des **Arb.-Bez.-Verein f. d. Osten Berlins** vereinigen sich mit ihren Familien am Sonntag, d. 1. März, Abends 6 Uhr, in einem gemütlichen Biele Bier in **Gorkmann's Neue Welt, Frankfurter Allee 11.**

Öffentliche Metallarbeiter-Versammlung
Sonntag, d. 1. März, Vorm. 11 1/2 Uhr, im Lokale „Wedding-Park“, Müllerstraße 178.
Tagesordnung:
Gründung einer Mitgliedschaft der Vereinigung deutscher Metallarbeiter zu Mannheim. Diskussion.
Der Einberufer. 397

Fachverein der Tischler.
Montag, den 2. März, Abends 8 1/2 Uhr, in Jordan's Salon, Neue Grünstraße 23.
außerordentliche **General-Versammlung.**
Tagesordnung:
1. Die Herbergsfrage. 2. Statutenänderungsanträge. 3. Verschiedenes. Der Vorstand. 419

Central-Bazar
für **Herren- u. Knaben-Garderobe**
Berlin O., Frankfurterstrasse 135
empfiehlt sein reichhaltiges Lager in Anzügen, Paletots, Jaquets, Hosen, Westen, sowie Knaben-Anzüge in großer Auswahl bei billigen Preisen, guter Arbeit und gutem Schnitt.
Zur Einsegnung: Elegante Anzüge in schwarz und dunkelblauer Jaquet-Facón.
Arbeits-Jaquets u. Hosen in Engl. u. Hamburger Leder mit Zwirn genäht.
Meinen geehrten Freunden und Bekannten empfehle meine **Schuh- u. Stiefelwaaren-Lager.**
Reparaturen schnell und billig.
L. Zaako, Rüstener Platz 8.
184

Der gesetzl. Maximalarbeitstag
von **Wilhelm Viesländer.**
Preis 15 Pf., 10 Exemplare 1 Mark.
Zu beziehen durch die Expedition des „Berl. Volksblatt“,
Zimmerstraße 44.